

# AMERIKAS AUSSENPOLITIK — GEFAHR FÜR ENTWICKLUNG UND WELTFRIEDEN?

VON KNUD KRAKAU

Amerikas Außenpolitik hat globale Dimensionen. Fundierte kritische Analysen müssen darum nicht nur allgemeines wissenschaftliches Interesse, sondern weite praktische Beachtung finden. E. Krippendorff hat kürzlich ein wichtiges Buch über die Vereinigten Staaten und ihre Außenpolitik vorgelegt<sup>1</sup>, das die oben gestellte Frage impliziert. Der Formulierung und Begründung, die sie in der Arbeit von Krippendorff gefunden hat, wollen die folgenden Ausführungen nachgehen.

## I.

Mit der Bezeichnung des Gegenstandes — Amerika und seine Außenpolitik — ist zugleich der Ansatz Krippendorffs angedeutet. Er geht von der inzwischen — nicht zuletzt dank seiner eigenen Bemühungen<sup>2</sup> — verbreiteten Erkenntnis aus, daß es abstrakte „Außenpolitik“ nicht gibt, daß diese vielmehr nur in der Bezo-genheit auf eine konkrete (nationalstaatliche) Gesellschaft existiert und analysierbar ist. Konkreter: Im Sinne von Krippendorffs eigener früherer theoretischer Programmskizze<sup>3</sup> wird Außenpolitik (unter anderem!) konstituiert einmal durch das eigene kollektive Selbstverständnis der Nation oder die historisch gewachsene Interpretation der eigenen Rolle im internationalen „Spiel“<sup>4</sup>, weiter durch die images, welche die Teilnehmer dieses Spieles voneinander entwickeln, und zwar bezüglich durchgängiger historischer Rollen wie auch spezifischer Verhaltens-erwartungen in engeren Situationszusammenhängen<sup>5</sup>. Schließlich ist für Krippendorff eine schichten- oder klassenspezifische Analyse entscheidend. Bestimmend für die Außenpolitik sind Gesellschafts- und Machtstruktur und ihre Führungseliten. Konkrete individuelle außenpolitische Akteure sind lediglich die Sachwalter des gesellschaftlichen Systems, das sie zwar einerseits führen, von dem sie aber andererseits zur Wahrnehmung seiner Interessen „bestellt“ sind. Sie sind deshalb subjektiv an Erhaltung und Ausbau der eigenen Führungsposition interessiert; gleichzeitig wirkt durch sie der objektive Primat der Erhaltung des gesellschaftlichen Systems, dessen Funktionäre sie sind. Im Hinblick auf dieses einheitsstiftende objektive Interesse der Systemerhaltung erscheinen Außen- und

1 Ekkehart Krippendorff, *Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik* (Frankfurt/Main, Suhrkamp Verlag 1970, 500 S.). Seitenzahlen ohne nähere Angaben beziehen sich im folgenden auf dieses Buch. — Dieses Manuskript wurde Ende September 1971 abgeschlossen.

2 Vgl. seinen Aufsatz: *Ist Außenpolitik Außenpolitik?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* (1963), S. 243 bis 266; daneben die bekannten wichtigen Arbeiten von Czempiel, Bracher, Rosenau, Kissinger, Stanley Hoffmann, *Gulliver's troubles or the setting of American foreign policy* (New York usw. 1968), bes. Teil II.

3 Vorige Anmerkung.

4 Zum analytischen Ansatz der Rolleninterpretation vgl. die ausführliche neuere Arbeit von K. J. Holsti, *National role conceptions in the study of foreign policy*, in: *International Studies Quarterly* Bd. 14 (1970), S. 233—309. Auf innerstaatliche Rollen bezogen s. William O. Chittick, *State Department, press, and pressure groups. A role analysis* (New York usw. 1970).

5 Vgl. zur Bedeutung und Manipulierbarkeit von images jetzt Robert Jervis, *The logic of images in international relations* (Princeton 1970); Ole R. Holsti, *The belief system and national images*, in: *Journal of Conflict Resolution* Bd. 6 (1962), S. 244—252 (am Beispiel von J. F. Dulles); Holsti neben anderen noch einmal in John C. Farrell und Asa P. Smith eds., *Image and reality in world politics* (New York, London 1968), sowie D. J. Finlay — O. R. Holsti — R. R. Fagen, *Enemies in politics* (Chicago 1967).

Innenpolitik nur als zwei unselbständige, lediglich nach Handlungsmodalitäten, Wirkungsbereichen und Adressaten unterscheidbare Aktionsweisen zur Sicherung dieses Systems. Die Analyse von „Außenpolitik“ muß deshalb vorzüglich Herrschaftsstrukturen, Interessenlagen, Ideologien, Führungseliten, Entscheidungsprozesse (Probleme der Koordination und Kontrolle) zu identifizieren suchen. Das gesellschaftliche System bringt eine von individuellen Akteuren und wechselnden Regierungen weitgehend unabhängige außenpolitische Perspektive oder Strategie hervor. In deren Rahmen entwickeln die Akteure weltpolitische Ordnungsvorstellungen und suchen in einem auf ihrer Grundlage geordneten internationalen System Sicherheit für die eigene Ordnung.

Auf der Basis dieses angedeuteten theoretischen Programms ist im Grunde die „Amerikanische Strategie“ eine einzige gewaltige Fallstudie. Sie enthält vor allem ungewöhnlich reiches und kritisch verarbeitetes Material zum Thema Systemerhaltungsinteresse. Strategie wird deshalb definiert (S. 441) „als der gemeinsame Nenner der Interessendurchsetzung der gesellschaftlich dominanten Gruppen und Kräfte im Felde der internationalen Beziehungen“ (nicht etwa als außenpolitischer Generalstabsplan)<sup>6</sup>. Zugleich teilt die Arbeit aber alle Schwächen und Einseitigkeiten dieses Ansatzes. — Aber stellen wir zunächst den Plan des Buches näher vor. Das 1. Kapitel sucht in einer Rückbesinnung auf „Historische Grundmuster amerikanischer Außenpolitik“ die bis heute wirksame Konstante der amerikanischen außenpolitischen Strategie herauszuarbeiten. Ausgehend davon, daß die Ansätze zur amerikanischen Revolution im Interesse des Handels und der Plantagen abgebrochen worden seien, habe Amerika seit Washington mit der Doktrin einer wirklich unabhängigen autonomen Außenpolitik primär ökonomische Ziele verfolgt: die Förderung von Handel und Außenwirtschaft. Die von diesem System in der Welt und für sie verfolgte Ordnungskonzeption, die der amerikanischen Gesellschaft maximale Selbsterhaltung und expansive Fortentwicklung gewährleisten sollte, wurde etwa von Wilson als „world safe for democracy“<sup>7</sup> oder wird heute als „congenial (democratic) world order“ umschrieben<sup>8</sup>.

Hinter dieser lediglich „verhüllenden“ Rhetorik verbirgt sich für Krippendorff die eigentliche Strategie: die Politik der globalen „Offenen Tür“, für die China seiner Zeit nur Anlaß zu ihrer ersten expliziten und weltöffentlich wirksamen Formulierung gegeben hatte. Auf der Basis freien Austausches sollte sie der amerikanischen Wirtschaft den Zugang zu Märkten (um 1900 sah ein Senator nur die Alternative zwischen dem offenen chinesischen Markt und der Revolution in Amerika), zu Rohstoffen und Investitionsmöglichkeiten in der Welt sichern. Dies ist die gewissermaßen natürliche Verhaltensweise des privatkapitalistisch organisierten Systems, das anderen Systemen nach Größe und Entwicklungsstand überlegen war. Vom eigentlichen systemgemäßen handelspolitischen Instrumentarium für diese Zwecke wie handelsvertraglichen Vereinbarungen, Meistbegünsti-

---

6 Eine Strategie, die „in ursächlichem Zusammenhang steht mit der Gesellschaftsordnung selbst und den von ihr produzierten und sie rationalisierenden Wert- und Ordnungsvorstellungen . . .“, bzw. die ihnen zugrundeliegenden ökonomischen Interessen . . .“, S. 41.

7 Eine kuriose Verteidigung dieser Formel unternimmt Thomas A. Bailey, *The art of diplomacy: The American experience* (New York 1968), S. 117: W. habe damit kein göttliches Mandat zur Demokratisierung der Welt gemeint, sondern nur „creating such favorable conditions throughout the globe that our democracy, indeed any democracy, could exist . . .“ — und bestätigt damit genau die These Krippendorffs.

8 Diese Formulierung — ähnlich in zahllosen amtlichen Texten — stammt von Max F. Millikan, *American foreign aid: strategy for the 1970's* (New York 1969), S. 12; identisch bei dem State Dpt.-Berater und Harvard-Professor Robert R. Bowie, *The outlook for American foreign policy*, in: S. N. Fisher ed., *New horizons for the United States in world affairs* (Columbus, Ohio 1966), S. 3—18, 5.

gung u. ä. ist allerdings wenig die Rede, um so mehr von Anteilen, Kontrolle, Profitraten, der Stimulierung kapitalistischer Verhaltensweisen usw. (bes. S. 370 ff.). Alle diese Begriffe kennzeichnen einseitige Gestaltungen und Verhaltensweisen auf seiten des Mächtigen, Überlegenen. Jede relative, überlegene oder momentane Schwäche der eigenen amerikanischen Position im Open-Door-Feld wird dabei durch abschirmende nationale Maßnahmen im Bereich der Zölle, Einfuhrregelungen, Antitrust-Gesetzgebung usw. angezeigt, ja man versucht sogar, amerikanische Einfuhrrestriktionen mittels des Mechanismus der antizipierten Reaktion in Gestalt „freiwilliger“ Exportbeschränkungen auf den ausländischen Konkurrenten abzuwälzen<sup>9</sup>. In der immer unberechenbarer werdenden Welt muß diese Strategie zunehmend durch militärische Macht abgesichert werden. Diese wurde von den USA zwar seltener zur klassischen Kolonisierung durch direkte permanente Beherrschung, dafür häufiger zum Aufbrechen von Gesellschaften (Japan, Philippinen) und Handelswegen, zur Errichtung von Stützpunkten, zur Etablierung und später Stützung von „congenial“ Regimes — die deshalb den amerikanischen Interessen offen sein würden — gegen Gefahren revolutionärer Veränderungen eingesetzt. Sie bedient sich bewaffneter Interventionen oder neuerdings subtilerer Methoden der gesellschaftlichen, psychologischen Militarisierung. Den hieraus entwickelten Kern der amerikanischen Nachkriegsstrategie beschreibt Krippendorff als „Sicherheit durch wirtschaftliche Durchdringung mit gesellschaftspolitischen Konsequenzen im potentiell globalen Maßstab“ (S. 35).

Die dem Umfang und inneren Gewicht nach bedeutendsten Teile des Buches sind die beiden mittleren Kapitel, die den außenpolitischen Entscheidungsprozeß und das außenpolitische Instrumentarium der USA analysieren. Das amerikanische Regierungssystem ist gleichermaßen vom Mißtrauen gegen unkontrollierte zentralisierte Macht wie gegen die radikale Demokratie geprägt. Das drückt sich in den Prinzipien des „Regierungsmißtrauens“ und der „Diffusion der Macht“ (S. 67) aus, unter denen Krippendorff den Entscheidungsprozeß und seine Träger betrachtet: Präsident und Kongreß (dessen Bestandteile: Senat, Abgeordnetenhaus, Ausschüsse, Parteien und Wähler), die außenpolitische Exekutive: den Präsidenten, das Außenministerium (den Secretary of State wie das Ministerium als Bürokratie), das Verteidigungsministerium, andere Behörden (Informationsabteilungen und Geheimdienste), jeweils ihre internen Funktionsweisen und Beziehungen zu ihren Partnern/Gegenspielern in anderen Teilen der Exekutive, sodann das gerade in den letzten Jahren so heftig kontrovers gewordene Verhältnis zur Legislative und den anderen Teilnehmern am Gesamtprozeß im Hinblick auf die Außenpolitik (in diesem Zusammenhange ein sachlicher Fehler: nicht der Senat „ratifiziert“ internationale Verträge (S. 196, 199), sondern gibt oder versagt „advice and consent“, Art. 2 sect. 2 (2) der Verfassung, während die „Ratifikation“ Sache

---

<sup>9</sup> Vgl. für den häufigen Widerspruch zwischen Open Door-Anspruch und Schutzzollpolitik z. B. nach dem 1. Weltkrieg Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32 (Düsseldorf 1970), S. 190 ff. Im Herbst 1970 wurden Schutzzölle oder Einfuhrbeschränkungen bes. für japanische Textilien, bzw. entsprechende japanische Exportbeschränkungen erwogen, s. z. B. „Big Social Security Boost, Import Curbs lumped in Bill“, in: International Herald Tribune v. 10. 12. 1970, S. 3, und: „Nixon, Sato agree to new Talks on Imports“, ibid. am 26. 10. 1970, S. 1. Die resultierenden Spannungen zwischen beiden Ländern werden mit der Atmosphäre vor Pearl Harbor verglichen, „Pre-Pearl-Harbor Atmosphere: Conflicts on Trade and China torpedo U. S. — Japan Relations“, ibid. am 5. 8. 1971, S. 2. Schließlich seien erwähnt neueste Vorschläge von Sec. of Commerce Stans zur Änderung der Antitrustgesetzgebung, um bestimmte „high technology“-Industrien mittels Konzentration und Regierungsunterstützung gegen ausländische (japanische) Konkurrenz zu stützen, nach International Herald Tribune vom 28. 7. 1971, S. 3, „Stans says Foreign Challenge may change Anti-Trust-Setup“, sowie den Artikel: „The new Mercantilism“, ibid. am 30. 7. 1971, S. 4.

des Präsidenten ist). Daran schließt sich eine Erörterung der klassischen wie moderneren Instrumente der Außenpolitik: Diplomatie, Militär, Geheimdienst, Propaganda, gesellschaftliche Gruppen und zuletzt die Wirtschaft, insbesondere die sogenannte Auslandshilfe.

Krippendorff endet schließlich mit der apokalyptischen Vision einer in der Konsequenz der „amerikanischen Strategie“ angelegten Pax Americana. Inhaltlich bedeutet die amerikanische Weltordnung, daß das eigene Gesellschaftssystem weiterhin nur durch eine globale Politik der „Offenen Tür“, die globale Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung auf der Basis kapitalistischer Produktions- und Distributionsweisen gesichert werden kann. Das erfordert die politisch-militärische Schaffung/Expansion und Erhaltung/Stabilisierung der Bedingungen des für die USA offenen Marktes (Waren, Kapital, Rohstoffe) und im Hinblick hierauf die Herstellung verwandter und zugänglicher ökonomisch-politischer Strukturen in der internationalen und der nationalen Politik anderer Länder, die Stimulierung eines dieser Wirtschaftsweisen entsprechenden Konsumverhaltens, die Herausbildung von am Profit partizipierenden bürgerlichen Mittelschichten, also optimal die weltweite Internalisierung der bürgerlich-kapitalistischen Wertvorstellungen. Pax Americana in diesem Sinne bedeutet die globale „interdependente Konsumgüterproduktions-, -distributions- und -verbrauchsgesellschaft auf der Basis kapitalistischer Wirtschaftsweisen, deren Forschungs-, Entwicklungs- und ökonomisch-politisches Leitungszentrum die USA bilden“ (S. 473). Das eigentlich gefährliche Element ist die Tendenz des amerikanischen Systems, angesichts wachsender Widerstände gegen die amerikanische Strategie innerhalb der amerikanischen Gesellschaft selbst und vor allem in der Welt, in wachsendem Maße zu ihrer Durchsetzung Gewalt anzuwenden, und sei es um den Preis der totalen Zerstörung menschlichen Lebens (S. 484).

## II.

Schon der theoretische Ausgangspunkt — Außenpolitik als innere Systemerhaltung mit anderen Mitteln — läßt eine implizit angedeutete Frage offen. Natürlich dient Außenpolitik der Erhaltung und Sicherung eines gesellschaftlichen Systems — was auch sonst sollte ihr Gegenstand sein? Andere Ansichten vertritt nur, wer ihr Ziel in der Realisierung bestimmter abstrakter Prinzipien sieht, Ansichten, die in der neueren wissenschaftlichen Erörterung der (Außen-)Politik selten vertreten werden, von der Praxis nicht zu reden. Ein eminenter Vertreter des letztgenannten Bereiches, J. Stalin, meinte einmal, die Sicherheit der eigenen Gesellschaft hänge davon ab, anderen das eigene System aufzuzwingen, „soweit die eigene Armee gelangt. Es kann nicht anders sein“<sup>10</sup>. Das Prinzip ist, mit etwas direkteren, weniger diskreten Methoden, dasselbe. Es handelt sich also jedenfalls nicht um etwas spezifisch Amerikanisches. Insofern rennt Krippendorff durchaus offene Türen ein. Frage ist nur, was unter dem Subjekt der Außenpolitik als Systemerhaltung zu verstehen ist. Hier setzen die Unklarheiten ein. Krippendorff begnügt sich nicht mit der Feststellung, daß ein System sich (u. a.) mittels

---

<sup>10</sup> Milovan Djilas, *Conversations with Stalin* (New York 1962), S. 114; Bertram D. Wolfe, *An ideology in power* (New York 1969), S. 350, weist darauf hin, daß Alexanders I. Armee ohne bleibende Folgen bis Paris und wieder zurück gezogen sei, und fragt nach dem Bilde Europas, das sich ergeben hätte, wenn Stalins Armee dasselbe geglückt wäre.

Außenpolitik zu erhalten sucht. Vielmehr gibt er diesen Begriffen von vornherein, aber unausgesprochen, einen moralisch-polemischen („kritischen“) Unterton: Die für gewöhnlich anzutreffende oder gar jede Herrschaft schlechthin hat eigentlich keinen legitimen Existenzgrund<sup>11</sup>, sie erscheint von vornherein als etwas Fremdes, vielleicht sogar Böses, jedenfalls Aufzuhebendes, und nun sucht sie sich auch noch auf diese Weise am Leben zu erhalten... Es kann deshalb nie vom Abstraktum „Staat“ als Subjekt in diesem Sinne die Rede sein. Die (kritische) Analyse zielt immer auf das konkrete gesellschaftliche System mit identifizierbaren Herrschaftseliten und entsprechenden Interessen. Der Grund für diese polemische — oft mit großem moralischem Engagement vorgetragene — Stoßrichtung wird nicht mehr befragt und thematisiert.

Dieser Aspekt findet sich im großen Stile in Krippendorffs gesamtem Buche wieder, und zwar gleich auf zwei Ebenen. Einmal ist es offenbar selbstverständlich und unter progressiven Eliten (S. 338) keiner Frage, geschweige denn Untersuchung mehr bedürftig, daß das amerikanische Herrschaftssystem einer Legitimationsgrundlage entbehre und daß eine solche Grundlage nur eine kritisch-demokratische sein könne. Denn der bisher breite amerikanische politische Konsensus könne nur das Ergebnis trickreicher Bemühung um die Internalisierung der Wertprämissen des bürgerlich-kapitalistischen Systems sein, das — bekanntlich — nur dem Profitinteresse weniger Privilegierter dient. So ist es wohl zu erklären, daß z. B. die „Öffentlichkeit“ bei Krippendorff nur dort einen größeren Raum einnimmt, wo gezeigt wird, daß das Pentagon einen im Vergleich etwa zum Außenministerium um ein Vielfaches größeren propagandistischen Aufwand zu ihrer Beeinflussung treibt (S. 153 ff.), und daß die Öffentlichkeit diesen input der Militärinteressen usw. verstärkt zurückgibt (S. 453 f.). Diese Bemühungen setzen aber immerhin eine Wirksamkeit dieser Öffentlichkeit voraus. Zusammenhängende, auffächernde systematische Untersuchungen des komplizierten Problems der Rückkoppelungen demokratischer Öffentlichkeit auf außenpolitische Entscheidungen finden nicht statt, vermutlich aus dem angedeuteten Vorverständnis heraus<sup>12</sup>.

Die von einem nicht erkennbar reflektierten moralischen Elan gespeiste kritisch-polemische Einstellung überträgt sich folgerichtig auf die gesamte Außenpolitik (Strategie) Amerikas, ohne daß ein kritisches Modell alternativer Außenpolitik sichtbar würde, das den eigenen nicht explizit gemachten „besseren“ Vorstellungen entspräche. Wie kann die Außenpolitik des entwickeltsten und größten modernen Industriestaates der Erde aussehen, wie muß sie aussehen, um den Vorwürfen imperialer Vergewaltigung der Welt zu entgehen? Krippendorff spricht zwar ständig mit der Attitude des gekränkten Weltgewissens, das Einsicht in die anderen bisher verborgenen Zusammenhänge der amerikanischen Außenpolitik — nämlich ihre Bedingtheit durch die objektiven Systemerhaltungsinteressen — hat und sich deshalb ständig gedrängt sieht, diese Zusammenhänge zu „enthüllen“ bzw. darauf aufmerksam zu machen, daß sie von offizieller Rhetorik „verschleiert“ usw. werden — „enthüllen“ ist eine charakteristischerweise unverhältnismäßig häufig gebrauchte Vokabel (z. B. S. 195, 220, 228, 400, 410,

---

11 Vgl. die Vermutungen, die in dieser Richtung Wilhelm Hennis im ersten Teil seiner Abhandlung: *Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs* (Köln, Opladen 1970) anstellt.

12 Vgl. die Fallstudie von Ronald J. Terchek, *The making of the test ban treaty* (Den Haag, 1970), eine detaillierte Untersuchung u. a. der Wirkung verschiedener Ebenen von Öffentlichkeit auf diese außenpolitische Entscheidung.

427, 436, 482 usw.). Das Buch ist eine fast durchgängige negative Bewertung amerikanischer Außenpolitik, ohne daß der Bewertungsmaßstab (abgesehen vielleicht von dem der Rationalität, darüber sogleich) artikuliert würde. Krippendorff gibt keine Antwort auf die (von ihm selbst aber eben auch nicht gestellte) Frage nach einem Alternativmodell amerikanischer Außenpolitik. Er beschränkt sich auf die Andeutung, daß es zumindest eine qualitative, d. h. revolutionäre Veränderung des amerikanischen Systems voraussetze.

In ähnlicher Weise bleibt das vielfach (vielleicht als Alternative?) beschworene Desiderat „rationale Außenpolitik“ schemenhaft (z. B. S. 65, 83, 178, 181, 222, 450 usw.). Die Rationalität einer Außenpolitik kann sich nur in geringerem Maße auf ihre Ziele, um so mehr auf die Verfahren der Zielermittlung und Entscheidungsfindung sowie auf die Wahl der Mittel und Methoden im Hinblick auf das einmal gesetzte Ziel beziehen. Die Irrationalität der diffusen, überlappenden, sich durchkreuzenden Entscheidungsprozesse aufgezeigt zu haben, ist eines der wichtigsten Verdienste Krippendorffs. Aber ein etwaiges Mehr an Rationalität durch größere Straffung und Zentralisierung (S. 143) steht jedenfalls im Verhältnis zwischen Exekutive und Kongreß in unaufgelöster Spannung zu der gleichzeitigen Forderung nach konstitutioneller Willensbildung und demokratischer Kontrolle (S. 479 f.). Vor allem vom Standpunkt der objektiven Systemlogik aus kann letztlich die Rationalität von Entscheidungsverfahren und Mitteln in Amerika kaum bezweifelt werden. Denn der Maßstab für diese Zweckrationalität muß schließlich die Wirksamkeit der Zweckerreichung sein. Gerade sie ruft ja des Verfassers kritischen Protest hervor, weil sie mit internen und außenpolitischen Kosten verbunden ist, die erst, wenn man sie in ein Gesamtkalkül mit einbezieht, Irrationalität konstituieren. Krippendorff selbst läßt aber wiederum im dunkeln, wie „rational begründete Neuorientierungen der eigenen Strategie“ (S. 181), also Ziele, aussehen könnten oder müssen, im Hinblick auf welche sich dann auch die Frage nach der Mittel- und Verfahrensrationalität neu stellen würde. Der etwas diffuse Charakter des Begriffes hängt letztlich mit dem dunkel gelassenen Ausgangspunkt der Krippendorffschen Kritik zusammen. Deshalb fällt, von hier aus gesehen, die geforderte Rationalität mit der implizierten Moralität zusammen. Anders ausgedrückt: Da Politik nur im Hinblick auf Ziele rational sein kann und es auch „rationale Ziele“ nur im Hinblick auf noch hinter ihnen stehende Werte und Maßstäbe zu sein vermögen, setzt die Forderung nach „rationaler Politik“ — instrumental oder final — die Klärung dieser Werte und Maßstäbe voraus. Hinsichtlich des diffusen Kompetenzsystems geschieht das deutlich genug. Darüber hinaus jedoch wird die Forderung nach Rationalität in der amerikanischen Außenpolitik nicht von einer entsprechenden Wertanalyse getragen. Dem Leser steht frei zu extrapolieren, etwa: Erhaltung des menschlichen Lebens überhaupt. Die Relationen bleiben indes verschwommen. Dieses Versäumnisses wegen trägt die Forderung nach Rationalität ihre Wertdiskussion noch unentfaltet in sich, hat sie selbst noch moralisierenden Charakter.

### III.

Die Untersuchungen sind im Hinblick auf den primär ökonomisch ausgerichteten Interessenansatz durchgängig durch die Merkmale der Einseitigkeit und Ausschließlichkeit charakterisiert. Krippendorff demonstriert zwar sehr anschaulich, in welchem Maße die amerikanische Wirtschaft — trotz des berühmten „nur“

40/oigen Anteils der Außenwirtschaftsbeziehungen am Bruttosozialprodukt — auf ausländische Rohstoffquellen und Märkte angewiesen ist. Die Abhängigkeit von nicht ersetzbaren Rohstoffen (bestimmten Metallen usw.) besteht für ganze Schlüsselindustrien, insbesondere im Bereich der Rüstung und Raumfahrt, wobei allerdings die Entwicklung der Meeresbodenforschung diese Perspektive für die Zukunft durchaus verändern kann<sup>13</sup>, sowie allgemeiner für die umfangreiche verarbeitende Industrie. Auch der Erdölbedarf z. B. ist nicht im Inlande zu decken (vgl. S. 370 ff.). Die darauf gegründete ökonomische Betrachtungsweise hindert ihn jedoch daran, der auch von ihm selbst gestellten Frage des amerikanischen kollektiven Rollenverständnisses und seiner etwaigen Wirksamkeit nachzugehen. Gerechtfertigte Reserve gegenüber einer nur geistesgeschichtlichen Analyse führt hier zu einem ökonomisch-strukturalistischen Determinismus.

Krippendorff kostet zunächst noch — mehr ästhetisch als politisch — die Paradoxie aus, die er mit dem ersten Satz seines Werkes einführt: „Am Anfang war die Revolution“. Denn es kommt ihm nur darauf an zu zeigen, daß das wirklich determinierende Geburtserlebnis (Ranke) der USA gerade nicht die Revolution, sondern deren Abbruch, der konterrevolutionäre Staatsstreich gewesen sei, der Verfassungskompromiß im Interesse der Handelskreise und Plantagenbesitzer aus der sie verbindenden gemeinsamen Furcht vor dem Ausufern der Revolution über die Erkämpfung der äußeren Unabhängigkeit hinaus (S. 14). Nun ist schon mehrfach bemerkt worden, daß die amerikanische Revolution zuvörderst bloße Abwendung von Europa, mehr äußerer Unabhängigkeitskrieg als revolutionäre, d. h. innere gesellschaftliche Umwälzung war, weil es keine Feudalstrukturen gegeben habe<sup>14</sup>. Erst kürzlich hat Adams nachgewiesen, daß das Gleichheitspostulat in der amerikanischen Revolution zwar nach außen gegen England gewendet, aber verwässert und ignoriert wurde, als es für die inneren gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse relevant zu werden drohte<sup>15</sup>. Von diesem Vorgang ist nach Ansicht Krippendorffs lediglich eine revolutionär-idealistische Rhetorik übriggeblieben. Das eigentliche Thema des „kollektiven Leitmotivs“, seine vielfältigen Wurzeln, Erscheinungsformen und Wirkungen in Psyche und Kultur Amerikas, die kaum ohne Ausstrahlung auf das Verhältnis zur äußeren Welt bleiben können<sup>16</sup>, werden nicht berührt. Selbst wenn alle diese Phänomene ihrer Entstehung nach Überbau, Rhetorik o. ä. sind, ist damit über ihre fortbestehende Realität und Wirkungsweise noch nichts gesagt. Der Erkenntnisgewinn ist mithin gering, wenn nur auf diesen Entstehungsvorgang verwiesen wird. Vielmehr beginnt hier erst die eigentliche Problematik. Erforscht werden müßten die Verschränkungen und Wechselbeziehungen zwischen Systeminteressen und der — unterstellt, diese verkürzende Formulierung wäre so richtig — von ihnen produzierten Ideologie im konkreten Falle Amerikas. In jedem Falle ist das Entweder-Oder unzulänglich und einseitig. Auch die materialistische Erkenntnistheorie betrachtet ja die Basis —

13 Vgl. dazu z. B. Max-Ivers Kehden, Die Vereinten Nationen und die Nutzung des Bodens und Untergrundes des Hohen Meeres außerhalb der Grenzen nationaler Hoheitsgewalt, in: *Verfassung und Recht in Übersee* Bd. 2 (1969), S. 131—167

14 So z. B. Louis Hartz, *The liberal tradition in America* (New York 1955), S. 5, 248 f. und passim. — Hannah Arendt dagegen bejaht entschieden den Charakter der Revolution der Freiheit in Amerika, s. *Über die Revolution* (München 1963), S. 200 ff.

15 Willi Paul Adams, Das Gleichheitspostulat in der Amerikanischen Revolution, in: *Historische Zeitschr.* Bd. 212 (1971), S. 59—99.

16 Einige dieser Aspekte hat der Rezensent darzustellen versucht, vgl. sein *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika* (Frankfurt/M. und Berlin, 1967); vgl. auch G. M. Lyons ed., *America. Purpose and power* (Chicago 1965); Russell B. Nye, *This almost chosen people. Essays in the history of American ideas* (Michigan State U. P. 1966); Ernest Lee Tuveson, *Redeemer nation. The idea of America's millennial role* (Chicago, London 1968) usw.

Überbau (Ideologie) — Beziehung keineswegs als Wirkungszusammenhang nur in der erwähnten einen Richtung, sondern sieht darin eine dialektische Wechselbeziehung<sup>17</sup>. — Die vorhandenen Amerikastudien tendieren im allgemeinen zur Beschränkung auf den einen oder anderen Bereich. Auch Krippendorff verschließt sich im Grunde dieser komplexen Problematik, indem er mit konsequenter Einseitigkeit davon ausgeht, die revolutionär-idealistische Rhetorik stehe zu der aus der Pseudorevolution hervorgegangenen dominierenden und konstanten amerikanischen Strategie (im oben beschriebenen Sinne) im Widerspruch und habe lediglich die Funktion, die letztere verbal zu überdecken: Die für diese Strategie maßgebenden Wirtschaftsinteressen des amerikanischen Systems seien von der Furcht vor revolutionären Veränderungen innen (seit 1776) wie außen (nach 1945 besonders) beherrscht. Dieser Ansatz ist weder in seiner Marx sowie der neueren empirischen und radikalen Soziologie verpflichteten Herkunft, noch in seiner Anwendung auf die amerikanische Außenpolitik in Gestalt des Prinzips der globalen „offenen Tür“ eine neue Hervorbringung<sup>18</sup>.

Krippendorff engt von vornherein den strukturell-interessenbestimmten Ansatz in der beschriebenen Weise ein und erzeugt dadurch mehr Statik und Einseitigkeit als nötig. Dagegen unterscheidet etwa J. W. Burton vier Wert- bzw. Interessengruppen, die von jedem Entscheidungssystem gleichzeitig verfolgt werden: 1. Politische Werte (Interessen) der Inhaber knapper Positionen (hinsichtlich ihrer Erlangung, Erhaltung); 2. Gruppenwerte, die nur z. T. von 1. erfaßt sind; 3. Gemeinschaftswerte; 4. Systemwerte, die durchaus die staatlichen Grenzen transzendieren mögen<sup>19</sup>. Auch wenn man diese Gedanken nicht weiter ausführt, wird soviel deutlich, daß hier ein differenzierteres und vermutlich realistischeres Bild des Entscheidungsvorganges in einem sozialen System entworfen wird. Man mag ruhig davon ausgehen, daß die Reihenfolge 1—4 einer Abnahme der regelmäßigen Wirkungsintensität dieser Werte im konkreten Entscheidungszusammenhang entspricht. In der Regel sind sie dennoch jeweils alle präsent. Auf ihr konkretes Mischungsverhältnis kommt es an. Krippendorff dagegen behandelt im Grunde nur die Werte der Nr. 1 und geht davon aus, daß sie das gesamte System determinieren und die Nr. 2—4 allenfalls diesen Tatbestand verschleiernde Ableitungen aus der Nr. 1 sind. Diese ausschließende und einengende Bestimmung möglicher Systemwerte und -ziele verführt dazu, außenpolitische Aktion in unspezifischer Weise nur als Illustration dieser Prämisse zu sehen.

---

17 Vgl. z. B. Mao Tse-tung Schrift: Über die Widersprüche (1937), in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften, übers. u. herausg. von Tilemann Grimm (Frankfurt 1963), S. 48 ff., 59—60.

18 Schon früher die Arbeiten von Charles A. Beard. Aus den letzten Jahren vgl. insbes. Gabriel Kolko, *The roots of American foreign policy. An analysis of power and purpose* (Boston 1969); David Horowitz, *The free world colossus* (New York 1965); Robert F. Smith, *The United States and Cuba. Business and diplomacy, 1917—1960* (New York 1960); Harry Magdoff, *The age of imperialism. The economics of U. S. foreign policy* (New York, London 1969); John M. Swomley, *The American empire. The political ethics of twentieth century conquest* (New York 1970); Walter LaFeber, *The new empire. An interpretation of American expansion 1860—1898* (Ithaca N. Y. 1963). Speziell zur Open-Door-Strategie als Konstante der amerikanischen Außenpolitik s. bes. William A. Williams, *The tragedy of American diplomacy* (2. Aufl. New York 1962); ders., *The contours of American history* (2. Aufl. Chicago 1966); ferner etwa John M. Blum ed., *Years of war, 1941—1945. From the Morgenthau-diaries* (Boston 1967); J. Menendez, *Los Estados Unidos. Un imperialismo original*, in: *Revista de Política Internacional* Nr. 100 (Nov.—Dez. 1968), S. 139—172; Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921 bis 1932* (Düsseldorf 1970), bes. S. 190—3, 260—272. Er zit. B. Baruch: „All we want is a place where we can sell our production . . .“, und faßt das Ziel amerikanischer Politik zusammen wie folgt: Die Schaffung einer stabilen kapitalistischen Weltordnung unter amerikanischer Führung (S. 191).

19 J. W. Burton, *Systems, states, diplomacy and rules* (Cambridge 1968), S. 226.

#### IV.

Die Zentralsetzung der beschriebenen amerikanischen Strategie bringt Verkürzungen und Vereinfachungen mit sich. Sie ergeben sich einmal aus dem Strategiebegriff selbst. Die hohe Abstraktionsstufe des Prinzips der — primär ökonomisch verstandenen — Systemerhaltung bietet zwar ein wirksames Ordnungsschema für das geschichtliche Material. Zugleich aber löst sie die eigentlich historische Dimension jeder politischen Entscheidung auf. Das strategische Konzept läßt sich diachronisch verhältnismäßig leicht durchhalten, indem jede konkrete politische Entscheidung zur bloß faktischen Variation über das strategische Grundthema erklärt wird. Bewaffnete Intervention oder Penetration durch Handel, Krieg ebenso wie Isolation, containment oder roll-back, Offensive oder Defensive usw. sind jeweils nur taktische Züge, die dem konstanten Ziel dienen. Das verleitet dazu, die jeweils besonderen historischen Bedingungen jedes Ereignisses und jeder Entscheidung im Schnittpunkt der eigenen Entwicklung des sich wandelnden Zuordnungsverhältnisses von Systemerhaltungsinteresse und Rollenverständnis, ebenso wie jene Bedingungen im Verhältnis zum internationalen System, zugunsten einer vorschnellen Einordnung in das Strategie-Taktik-Schema zu vernachlässigen. Wenn letztlich außer der revolutionären gesellschaftlichen Veränderung kein Vorgang — wie etwa gegenwärtig das Ringen zwischen Exekutive und Kongreß um einen Entscheidungsanteil in der Außenpolitik oder alle nur denkbaren Veränderungen in der außenpolitischen Verhaltensweise — irgendwie politische Relevanz erlangen kann, dann melden sich Zweifel an der analytischen Brauchbarkeit des Strategie-Konzeptes. Es bildet vielleicht doch einen zu groben Raster und verdeckt den Zugang zu Nuancen, oft kleinen aber langfristig wirkenden politischen Veränderungen, die schließlich das Wesen politischer Prozesse ausmachen.

Diese Betrachtungsweise findet allerdings eine gewisse Stütze in dem viel erörterten Phänomen des amerikanischen Konsensus (vgl. S. 220 ff.), der als Ergebnis der weitgehenden Internalisierung der bürgerlich-liberal-kapitalistischen Wertordnung anzusehen ist. Innerhalb seines Rahmens können tatsächlich ohne große Schwierigkeit alle noch so polemischen Streitigkeiten zwischen verschiedenen politischen Standpunkten — zwischen „Imperialisten“ und „Antiimperialisten“, „Realisten“ und „Idealisten“, Befürwortern und Gegnern des Vietnam-Krieges — auf die Auseinandersetzung um taktische Varianten innerhalb des feststehenden globalstrategischen Bezugsrahmens reduziert werden. Die Neigung, Erscheinungen in das handliche Strategie-Taktik-Schema einzuordnen, wirkt sich aber auch hier zu Lasten einer Befragung der politischen Erscheinungen selbst auf ihre immanente Bedeutung, ihren Entwicklungszusammenhang mit anderen Erscheinungen usw. aus<sup>20</sup>. Der Widerstand gegen den Vietnam-Krieg hat seinen Grund keineswegs nur im Zweifel bloß an der Wirksamkeit der amerikanischen Intervention (S. 454), sondern auch in einem entschieden moralischen Protest<sup>21</sup> oder in einer bewußten Aufkündigung amerikanischer Werte seitens gewisser Teile der Studenten und Jugend allgemein<sup>22</sup>. Hier kann nicht die tatsächliche Tragweise dieser Phänomene

---

20 Vgl. die Warnung von Hannah Arendt in einem Gespräch: Politik — Theorie — Aktion, in: Politische Studien Bd. 22 (1971), S. 298—314, 305.

21 Vgl. z. B. Noam Chomsky, *American power and the new mandarins* (New York 1969); ders., *At war with Asia* (New York 1970).

22 Vgl. Jerry Rubin, *Do it* (Reinbek 1971), z. B. S. 111.

untersucht werden. Es kommt lediglich darauf an, die statische Betrachtungsweise Krippendorffs hervorzuheben, die aus dem Bewußtsein heraus, über die Einsicht in das einheitsstiftende politische Prinzip (und den entsprechenden analytischen Zugang) zu verfügen, den Sinn für die oft alles entscheidende Nuance einzubüßen droht. Man könnte diesen Zug in der Krippendorffschen Arbeit ebenso als ahistorisch wie apolitisch bezeichnen — obwohl Krippendorff doch das kritisch-politische Buch par excellence geschrieben zu haben meint und weitgehend auch geschrieben hat. Und im Verhältnis zu anderen Staaten spricht Krippendorff zwar ständig von der amerikanischen Einflußnahme auf sie. Gleichwohl stehen die Vereinigten Staaten dieses Buches in einem merkwürdigen Vakuum: andere Staaten sind vorwiegend passive Objekte amerikanischer Aktivitäten. Selten ist davon die Rede, daß internationale Beziehungen in jedem Falle und notwendig ein Interaktionssystem darstellen, in dem die Einwirkung auch auf den kleineren Teilnehmer zu Rückwirkungen selbst auf den großen Akteur führt, bis zur „Tyrannei der Machtlosen“. Obwohl Krippendorff doch gewiß nicht in der amerikanischen „Illusion der Omnipotenz“ (D. W. Brogan) befangen ist, erweist er dieser falschen Einschätzung der Dinge noch unbeabsichtigt eine Reverenz. Lediglich in den letzten Jahren treten die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten (S. 36) vage und auch jetzt immer noch statisch als wachsende Kräfte in das Blickfeld, die die amerikanische Penetration bremsen, so daß die amerikanische Strategie, weil anpassungsunfähig geworden, zu eskalierender Gewaltanwendung führen müsse (S. 469 ff.).

Die ökonomische Einseitigkeit und Undifferenziertheit des Rasters führen darüber hinaus zu ganz konkreten Verzerrungen. Nach Krippendorff hat die Förderung des privatkapitalistischen Systems stets Vorrang vor dem eben nur rhetorischen Eintreten für das liberal-demokratische Konzept gehabt (vgl. S. 33, 459 f.). Mag die Erklärung für den Krieg gegen Japan auf dieser Basis noch hingehen, so wird sie für den Kampf gegen den europäischen Faschismus im 2. Weltkrieg gar nicht erst versucht. Dabei dürfte doch auch in den USA nicht unbekannt gewesen sein, daß Hitlers „Sozialismus“ nur ein Feigenblatt war. Vom Standpunkt einer amerikanischen Strategie (im Sinne Krippendorffs) spricht eigentlich nichts für die Gegnerschaft zweier geistig und politisch so verwandter Gebilde, sondern viel für enge Kooperation. Die bloße „revolutionär-idealistische Rhetorik“ konnte die tatsächlich vorhandene Gegnerschaft doch unmöglich bewirken. Hier fehlen einige Dimensionen.

Gewiß haben die USA jahrelang das griechische Militärregime unterstützt (worauf Krippendorff mit Recht hinweist, S. 460 f.). Dennoch stimmte das gewöhnlich den Erwägungen der Regierung sehr zugängliche House Committee on Foreign Affairs am 15. 7. 1971 — vom Plenum des Abgeordnetenhauses am 4. 8. 1971 voll bestätigt — für eine sofortige vollständige Einstellung der Militärhilfe an Griechenland bis zur Durchführung demokratischer Reformen (Wahlen), allerdings mit dem Vorbehalt der Feststellung durch den Präsidenten, daß „the overriding requirements of national security of the United States“ solche Hilfe doch erfordern<sup>23</sup>.

---

<sup>23</sup> Vgl. International Herald Tribune v. 16. 7. 1971, S. 1 und vom 5. 8. 1971, S. 1. Im Senat ist die Beratung des Auslandshilfegesetzes 1972 aus anderen Gründen blockiert, s. ibid. am 31. 7. / 1. 8. 1971, S. 2. Vizepräsident Agnew soll versichert haben, daß Präsident Nixon entschlossen sei, von der Ausnahmeklausel zugunsten einer Fortsetzung der Militärhilfe an Griechenland Gebrauch zu machen, ibid. am 23. 9. 1971, S. 5. — Der Senat verwarf später die ganze Bestimmung, über die nun der gemeinsame Ausschuß entscheiden muß, s. International Herald Tribune v. 30./31. 10. 1971, S. 1.

## V.

Die durch Einseitigkeit und Ausschließlichkeit des ökonomischen Ansatzes bedingte Problematik wiederholt sich bei der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses. Regierungsmißtrauen und Diffusion als wesentliche Merkmale des amerikanischen Regierungssystems im allgemeinen (checks and balances) charakterisieren in Gestalt von Diffusion und Fragmentarisierung der Kompetenzen auch den außenpolitischen Entscheidungsprozeß. Krippendorff interessiert sich weniger für die formal-rechtliche Beschreibung von Organisationsschemata. Vielmehr gibt er an Hand ausgedehnter Material- und „vor Ort“-Studien ein geradezu beängstigend genaues Bild des Chaos von rivalisierenden, sich überschneidenden, gegenläufig neutralisierenden, ständig neu gemischten und geordneten Zuständigkeiten und Entscheidungssträngen im Büro des Präsidenten, in der Exekutive allgemein, innerhalb der verschiedenen Bürokratien und zwischen ihnen, zwischen diesen und dem Kongreß wie innerhalb desselben usw. Neue Präsidenten versuchen immer wieder, mit nur ihnen verantwortlichen persönlichen Beratern, ad hoc eingesetzten special task forces usw. aus diesem System der Systemlosigkeit auszubrechen. Eine gewisse Übersicht in dieses Labyrinth gebracht zu haben, ist allein schon eine bedeutende Leistung. Sie ist aber für Krippendorff nicht Selbstzweck, sondern steht in engstem Zusammenhang mit seiner Grundkonzeption.

Der Pluralismus der Entscheidungsträger, das institutionelle Chaos, hat ihr zufolge objektiv die Funktion, es den dominanten Gruppen des gesellschaftlichen Systems zu ermöglichen, sich unter dem Mantel der Pluralismus-Ideologie gegen andere Kräfte durchzusetzen. Dies sind definitionsgemäß die wirtschaftlichen Interessen, die zu ihrer Verwirklichung in zunehmendem Maße der Abstützung durch den militärischen Faktor bedürfen, und zwar nach außen (Stabilisierung der internationalen „Ordnung“) wie nach innen (Rüstungsindustrie)<sup>24</sup>. Die zugehörigen Stichworte sind Imperialismus und „military-industrial complex“. Da, so geht die Theorie, die Wirtschaftsprosperität (Profit) von der Rüstungsindustrie und ausländischen Märkten, beide von einer expansiv-aggressiven Politik abhängen, drängen Wirtschaftseliten die Exekutive und den Kongreß („government“ im anglo-amerikanischen Verständnis) in diese Richtung. Besonders gegenüber der Militärbürokratie bedarf es kaum besonderer Anstrengungen, da das Personal zwischen beiden Bereichen fluktuiert und beider Interessen sich decken. Beide wirken auf den Präsidenten, das Außenministerium und den Kongreß zugunsten der Rüstungs- und entsprechenden Außenpolitik. Innerhalb des government-Bereiches hat das Verteidigungsministerium (mit zugeordneten Einrichtungen) ein deutliches Übergewicht erlangt. Außerdem ist es aktiver als das Außenministerium oder der Präsident (nach der Zahl der Einsätze, verfügbaren Mittel usw.) in dem Bemühen, auf dem Umwege über die Beeinflussung der Öffentlichkeit mittels Propagierung allgemeiner politisch-militärischer Programme und des Appells an ökonomische Interessen wiederum den Kongreß zu beeinflussen (S. 153 ff.). Weiter spielt die direkte Abhängigkeit der Abgeordneten von ihren Wahlkreisen eine erhebliche Rolle, in denen sich wegen der Pluralismusstruktur wiederum die dominanten

---

<sup>24</sup> Vor einigen Jahren schätzte Fred J. Cook, *The warfare state*, in: *The Annals* Bd. 351 (Januar 1964), S. 103—109, daß  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{3}$  — bei einer erwarteten Steigerung auf etwa  $\frac{1}{2}$  — aller wirtschaftlichen Aktivität der Vereinigten Staaten von militärischen Ausgaben i. w. S. abhängt.

Wirtschaftsinteressen am ehesten durchsetzen können (S. 81 f., 158 f., 222, 235, 282 f.). Diese Wirkungen werden noch intensiviert durch eine weitgehende Internalisierung der zugrundeliegenden bürgerlich-kapitalistischen Wertvorstellungen und der daraus hergeleiteten politisch-militärischen Kategorien, die eine Bereitschaft in der Öffentlichkeit, den Kongreßmitgliedern und anderen Entscheidungsträgern erzeugt, derartige Programme (Rüstung und Außenpolitik) unkritisch für national erforderlich zu halten. Krippendorff nennt das „schleichende Militarisierung“ der amerikanischen Öffentlichkeit (S. 159). — Auch diese „revisionistische“ Theorie ist keineswegs neu<sup>25</sup>. Insbesondere der wachsende und immer unverhältnismäßigere Einfluß des militärischen Sektors, die Gefahr der schleichenden Militarisierung bis zur offenen Machtübernahme werden jedenfalls seit Eisenhowers Abschiedsbotschaft in wachsendem Umfange, und zwar keineswegs nur von der radikalen Linken, gesehen und heftig kritisiert<sup>26</sup>. Dabei wird allerdings die Rolle des Militärs gerade in der radikalen Kritik keineswegs einheitlich beurteilt. Kolko beispielsweise argumentiert gegen C. W. Mills und die Mehrheit dieser Kritiker (einschließlich Krippendorffs), daß das Gewicht des militärischen Sektors in den Entscheidungsstrukturen abnehme, und betont die zivile Herkunft der entscheidenden strategischen Konzeptionen<sup>27</sup>.

Die unter diesen Bedingungen mögliche Verselbständigung von Entscheidungen politisch-militärischen Inhalts mit wesentlichen politischen Bindungswirkungen für die Vereinigten Staaten durch den militärischen Apparat, oft im Zusammenwirken mit den Geheimdiensten, oder die von diesem Apparat direkt oder indirekt beeinflusste Regierung, außerhalb der Kontrolle durch Kongreß und Öffentlichkeit (von deren stimulierter innerer Zustimmungsbereitschaft ganz abgesehen), hat in letzter Zeit die Geschichte des Vietnam-Krieges eindrucksvoll demonstriert (vgl. dazu allgemein S. 130 ff., 274 ff., 300 ff.). So hat erst kürzlich ein Bericht des Kongresses (Senate Foreign Relations Subcommittee on Foreign Commitments) die lang gehegte Vermutung bestätigt, daß seit Jahren die CIA eine von ihr aufgestellte „geheime“ Armee von 30 000 Mann in Laos vollständig unterhält (mit Ausrüstung usw.) und leitet, eine Armee, die zusammen mit thailändischen „Freiwilligen“ den Kern der Kampftruppen gegen die kommunistischen Streitkräfte bildet<sup>28</sup>.

Wenn aber diese unbezweifelbaren Tendenzen Krippendorff zu der Behauptung (ver-)führen, alle wesentlichen Macht- und Entscheidungsfunktionen lägen außerhalb der parlamentarischen und sonstigen öffentlichkeitskontrollierten Verfahren (S. 466), so bleibt er den Beweis schuldig. Wie wäre etwa die kürzliche SST-Entscheidung

25 Vgl. für den einen oder anderen Aspekt C. Wright Mills, *The power elite* (New York 1956); ders., *The causes of World War Three* (New York 1960), z. B. S. 66 f.; Morris Janowitz, *The professional soldier* (Glencoe Ill. 1960); den Sammelband von Roger Bolton ed., *Defense and disarmament* (Englewood Cliffs N. J. 1966); selbst ein so unverdächtiger Zeuge wie Thomas A. Bailey, *The art of diplomacy, The American experience* (New York 1968), S. 113. Ferner die oben Anm. 18 genannten Autoren.

26 Vgl. z. B. J. W. Fulbright, *The Pentagon propaganda machine* (New York 1970); John K. Galbraith, *How to control the military* (Garden City, N. J. 1969); Bruce M. Russett, *What price vigilance? The burdens of national defense* (New Haven, London 1970); William Proxmire, *Report from Wasteland* (New York 1970); Adam Yarmolinsky, *The military establishment. Its impact on American society* (New York 1971); James A. Donovan, *Militarism, USA* (New York 1970); Seymour Melman, *Pentagon capitalism, The political economy of war* (New York usw. 1970); Erwin Knoll und Judith N. McFadden eds., *American militarism 1970. A dialogue on the distortion of our national priorities and the need to reassert control over the defense establishment* (New York 1969).

27 Gabriel Kolko, *The roots of American foreign policy, a.a.O.*, S. 27 ff., im letzten Punkt allerdings mit Krippendorff übereinstimmend.

28 Laut Internat. Herald Tribune vom 3. 8. 1971, S. 1 wurde der Bericht am 2. 8. 1971 veröffentlicht. Defense und State Dpts. sowie CIA hätten der Veröffentlichung zugestimmt. Nach Internat. Herald Tribune vom 14. 9. 1971, S. 4, sind die entsprechenden Hearings des Senate Armed Services Committee inzwischen veröffentlicht worden.

dung (wenn auch der Innenpolitik zugehörig) zu erklären? Krippendorff brauchte sich dann um den Nachweis der Beeinflussung des Kongresses nicht zu bemühen — und tut dies auch nur insoweit, als das Pentagon seine Politik lediglich „nach unten demokratisch abzusichern“ (S. 213 f.) sucht.

Aber auch diese Kausalität (Beeinflussung) wird zweifelhaft, wenn man von der Behauptung plausibler Zusammenhänge oder der Beobachtung von Korrelationen zu empirischen Nachweisen übergeht. Die Folgen der schleichenden Militarisation dürften in jedem Falle kaum meßbar sein. Und Stephen A. Cobb hat kürzlich untersucht, ob und warum die Kongreßabgeordneten aus rüstungsindustrieabhängigen Wahlkreisen (die rund 50 Mrd. \$ für Beschaffungen gehen zwar an rund 22 000 Firmen mit ca. 4 Mill. Beschäftigten, der weitaus größte Teil aber nur an eine Handvoll Unternehmen) für entsprechend expansiv-aggressive außenpolitische Programme stimmen. — Daß sie für die Rüstungsausgaben selbst stimmen, ist anzunehmen. — Sein Ergebnis ist, daß Verteidigungsausgaben im Wahlkreis keinen nennenswerten Einfluß auf das Abstimmungsverhalten in außenpolitischen Fragen haben. Es wird eher von regionalen Bedingungen und der Parteibindung bestimmt. Selbst wenn man jene Wirkung unterstellt, bleibt die wichtigere Frage, warum andere Abgeordnete, für die Verteidigungsausgaben keine Rolle spielen, ebenso stimmen. Nach Ansicht von Cobb folgen sie den „abhängigen“ Abgeordneten, soweit nicht konkrete eigene Interessen entgegenstehen, aus Gewohnheit in der Hoffnung auf Gegenseitigkeit. Zum anderen wirke sich das Fehlen einer Friedenslobby aus<sup>29</sup>. Für den Senat ist Russett etwas einschränkend zu ähnlichen Ergebnissen gekommen<sup>30</sup>.

Damit wird ein wichtiges Glied in Krippendorffs Argumentationskette, und zwar in einem wichtigen konkretisierbaren Bereich, sehr geschwächt. Es bleiben im wesentlichen Entscheidungsdiffusion bzw. Pluralismusideologie und internalisierte Wertordnungen, die die Durchsetzung der mächtigsten Interessen erlauben. Wie aber werden deren Ziele gerade angesichts so unüberschaubarer Entscheidungsstrukturen konkret und realiter in einen unkritisch akzeptierten (außen-)politischen Konsens übersetzt? Personalfuktuation und Propaganda sind wichtige, aber nicht allein entscheidende Faktoren. Wo bleibt der Einfluß jener ja doch nach Krippendorffs eigenen Daten bedeutenden Wirtschaftskreise, die nicht auf die Unterdrückung eigener und fremder Gesellschaften angewiesen sind? Trotz unendlich vieler instruktiver Details steckt in der mit so großem Schwung vorgetragenen These statt einer entwickelten modernen Theorie eher eine negative Neuauflage der Vorstellung von der ehemals wohlütig wirkend gedachten „unsichtbaren Hand“, jetzt in Gestalt der „objektiven Systemlogik“, die sich ohne und auch gegen den Willen einzelner stets durchsetzt . . .

## VI.

Plurismus-Ideologie, Diffusion der Entscheidungskompetenzen und Internalisierung der entsprechenden Wertprämissen haben aber nicht nur zur Folge, daß sich die stärksten (wirtschaftlich-militärischen) Interessen durchsetzen können, deren Be-

---

29 Stephen A. Cobb, Defense spending and foreign policy in the House of Representatives, in: *Journal of Conflict Resolution* Bd. 13 (1969), S. 358—369.

30 Bruce M. Russett, *What price vigilance? The burdens of national defense* (New Haven, London 1970), S. 56 ff., 72 ff. Er fand absolut keine Korrelation zwischen „falkenhaften“ Abstimmungen im Senat und Rüstungsaufträgen im Heimatstaat, dagegen existierte diese Korrelation im Verhältnis zum Umfang der Militär-bezogenen Personalausgaben, und zwar nur bei direkter Beschäftigung (Militärinstallationen), nicht bei zivilen Beschaffungsverträgen.

dürfnissen dieses System entspricht (S. 218). Von wesentlicher Bedeutung ist, daß Öffentlichkeit, Eliten und Entscheidungsträger als Funktionäre dieses Systems im Verlaufe der Identifikations- und Internalisierungsvorgänge nicht mehr von identifizierbaren konkreten Interessen (eigenen, der Eliten usw.), sondern von einem durch internalisierte Interessen und Werte strukturierten oder präformierten Denken angetrieben und motiviert werden. Bestimmend sind also nicht reale angebbare Interessen in einer konkreten historischen Situation, sondern ein verselbständigtes ökonomisch-militärisches Denken: die „Denkungsweise . . . des Kapitalismus“ (S. 190, ferner S. 24—26, 30, 213). Die konkrete Folge dieser Perspektive ist einmal das, was man die „objektive Verschwörungstheorie“ in der amerikanischen Gesellschaft und Außenpolitik nennen muß. Eine objektive und verselbständigte, einerseits abstrakte, andererseits gewissermaßen selbständig agierende System(erhaltungs-)logik setzt sich notwendig gegen den noch so irrationalen Entscheidungswirrwarr, gegen etwaige andere (bessere) Einsicht bei Gruppen, Politikern usw. durch. Das personale Element ist entsprechend irrelevant. Das System reproduziert stets nur sich selbst.

Mit dieser Interpretation des Befundes verfolgt Krippendorff zugleich eine Strategie der Immunisierung seiner eigenen Analyse gegen mögliche Kritik. Seine Hypothesen sind praktisch nicht falsifizierbar. Auch eine empirische Analyse wie die oben erwähnten von Cobb und Russett vermögen insofern nichts auszurichten. Denn da es auf die Realien konkret-historischer Systeminteressen nicht ankommt, vermag auch die Darlegung konkreter Interessenwidersprüche oder der Nichtbeeinflussung durch konkrete Interessen oder schlicht des Fehlens derartiger Interessen seiner Hypothese nichts anzuhaben. Im Falle des Vietnam-Krieges etwa — ähnliches spielte sich seit der Jahrhundertwende in der China-Japan-Debatte ab — verschlägt es nichts, daß ein „Interesse“ an diesem Kriege selbst vom Standpunkt der Systemlogik her mehr als fragwürdig erscheinen muß — obwohl Krippendorff die Aspekte langfristiger Marktsicherung in Asien und kurzfristiger interner Stabilisierung (Arbeitsplätze) in Amerika durchaus als Ursachen erwägt (S. 462 f.)<sup>31</sup> — und daß wichtige Exponenten der doch maßgebenden Wirtschaftsinteressen die negativen Auswirkungen des Krieges auf die amerikanische Wirtschaft auch nachdrücklich artikulieren<sup>32</sup>. Für Krippendorff würde sprechen, daß der amerikanische Botschafter in Saigon, E. Bunker, im Januar 1971 vor amerikanischen Wirtschaftsvertretern lebhaft die profitablen Aussichten eines amerikanischen wirtschaftlichen

31 Amerikan. Wirtschaftsplanungen bis zum Jahre 2000 sollen die Verwendung fast der gesamten Mineralien der nichtkommunistischen Welt vorsehen, nach Anthony Lewis: „Not with a Bang but a Gasp“, in: Internat. Herald Tribune vom 16. 12. 1969, S. 4. — Vgl. in diesem Sinne auch einen Aufsatz: „When the War ends: a World of Opportunities“, in: Nation's Business (Febr. 1968), weitgehend abgedruckt in: Marshall Windmiller, *The Peace Corps and Pax Americana* (Washington 1970), S. 7—11, u. a.: „ . . . magnificent business opportunities await in [South East Asia]. As the military situation in Viet Nam improves, they expect the flow of business to [multiply]“ — geradezu eine Bilderbuchillustration für jede Imperialismustheorie.

32 So z. B. Louis B. Lundborg, Aufsichtsratsvorsitzender der größten amerikanischen Bank und Privatbank in der Welt überhaupt: Der Krieg habe allgemein für den technologischen Fortschritt und die Wirtschaft insgesamt einen „point of diminishing returns“ erreicht, speziell der Vietnam-Krieg habe die Wirtschaft verzerrt und Profite beeinträchtigt: Sie seien in den 4 Jahren vor der Vietnam-Eskalation um 71 Prozent, von 1966—1969 nur noch um 9,2 Prozent gestiegen, in: Hearings before the Senate Com. on Foreign Relations 91st Congr. 2d Sess., on „Impact of the War in Southeast Asia on the US Economy“ (Washington 1970), Part 1, April 1970, S. 2 ff., 4, 9—15; ähnlich E. Janeway, *ibid.* S. 98 f. *Ibid.* S. 118 über eine 1967, als Opposition gegen den Krieg noch seltener war und Mut erforderte, gegründete Gruppe „Businessmen for Peace in Vietnam“, die außerordentlichen Zulauf hatte. — Ähnlich der board chairman von IBM, *ibid.* Part 2, Hearings Apr.—Aug. 1970, S. 387 f.; der jetzt in der Privatwirtschaft tätige ehem. Gen. Gavin, in: Hearings before the Sen. Com. on For. Rel., 91st Congr. 2d Sess., on „Moral and Military Aspects of the War in Southeast Asia“, Mai 1970 (Washington 1970), S. 72 f., 84. Für weitere Nachweise vgl. die Ausgaben d. Zschr. „Fortune“ vom Febr. und Sept. 1969 und Sept. 1970. — Dagegen berichtet Karl W. Deutsch von einer Meinungsumfrage unter 1000 führenden Direktionsmitgliedern der 500 größten amerikanischen Firmen (aber ohne Zeitangabe), die den Vietnam-Krieg überwiegend billigten, s. K. W. Deutsch, *Abschreckungspolitik und gesellschaftliche Ordnung — Zum Problem der sich wandelnden Gesellschaft*, in: *Jahrbuch f. Friedens- und Konfliktforschung* Bd. 1 (Düsseldorf 1971), S. 41—53, 44.

Engagements in Süd-Vietnam schildert<sup>33</sup>. Aber: Die Wirtschaftsleute waren offenbar in die Rolle des ungläubigen Thomas geschlüpft. Es könnte sein, daß der Regierungsfunktionär die Systemlogik besser als deren eigentliche Nutznießer verstand, der Politiker ökonomischer als die Ökonomen dachte. Aber ebensogut könnte es sich auf seiner Seite um bloße Rhetorik handeln, eine Rhetorik, die ebenso zum ideologischen und bei derartigen Anlässen üblicherweise benutzten Inventar gehört wie die idealistisch-missionarische Variante. Aber Krippendorff neigt generell dazu, „idealistische“ Äußerungen als eben solche Rhetorik zu „enthüllen“, die „harte“ Sprache der Gegenposition dagegen wörtlich zu akzeptieren (etwa eine Äußerung von H. Humphrey, S. 463).

Entscheidend ist, daß Krippendorff eine durchaus m ö g l i c h e Theorie — Karl W. Deutsch nennt sie die Theorie der kognitiven Korruption<sup>34</sup> — impliziert, derzufolge die Menschen (Entscheidungsträger) bzw. ihre Verhaltensweisen nicht von ihren wirklichen, als objektive feststellbaren Interessen, sondern von einer Vorstellungswelt bestimmt werden, die ihrerseits durch vielleicht kleine reale „Interessenprämien“ in eine bestimmte Richtung gelenkt oder umfunktioniert werden mag, die von jenen Interessen gelöst ist, so daß im Ergebnis nicht diese, sondern ökonomisch-militärische Denkweisen das Handeln bestimmen. Krippendorff setzt jedoch nicht diesen Gedanken in bezug auf die amerikanischen Verhältnisse als Hypothese, um sie mit Hilfe des (stupenden) empirischen Materials zu verifizieren oder zu falsifizieren<sup>35</sup>. Statt dessen geht er von der Theorie als einem vorgegebenen, nicht weiter befragten Erklärungsschema aus. Das Faktenmaterial dient lediglich zur Illustration seiner These.

Das angewandte Verfahren möchte dann hingehen, wenn es darum ginge, diesen objektiven und ins Subjektive übersetzten Motivationsfaktor in seiner komplexen Relation zu anderen Faktoren zu sehen und die Gewichtung der jeweiligen Elemente zueinander, sei es punktuell oder diachronisch, zu analysieren. Krippendorff geht jedoch von der praktisch ausschließlichen Erklärungskraft der einen Theorie aus. Gelegentliche Vorbehalte sind mehr rhetorischer Natur. Da die eigentliche Antriebskraft ein Geistiges ist, überzeugt es um so weniger, daß dieses auf einem bestimmten Interessenhintergrund entstandene Geistige neben jenen Bereichen des Geistigen, die auf andere Quellen zurückgehen, ausschließlich geeignet sein soll, menschliches Handeln zu bestimmen. Man könnte deshalb versucht sein, in seinem Werk eine „Geistesgeschichte des ökonomischen Determinismus“ in der amerikanischen Außenpolitik zu sehen. — Eine andere Strategie zur Immunisierung gegen Kritik ist die Verwendung des gängig gewordenen Begriffes „tendenziell“. So reflektiert nach Krippendorff (S. 448) der Umstand, daß die Vereinigten Staaten das Genfer Protokoll von 1925 nicht ratifiziert haben, ein imperiales moralisch-politisches Selbstbewußtsein, das sich für gerechtfertigt hält, eben die dort verbotenen biologischen und chemischen Waffen und damit „tendenziell“ j e d e s Mittel für unkritisch verfolgte Zwecke einzusetzen. Die damit angeblich „enthüllte“ (objektiv-langfri-

---

33 Rede am 21. 1. 1971 vor der Amerikanischen Handelskammer in Saigon, in: Dpt. of St. Bull. Bd. 64 (1971 I), S. 206—211. Der entscheidende Satz lautet: „ . . . you may also serve your own economic best interest, as well as America's and Viet Nam's, by convincing other American companies of the merits of doing business here“. Die neue vietnames. Gesetzgebung (Erdöl, Investitionen) schaffe eine langfristige Investitionspolitik, die den Interessen Vietnams diene „while at the same time it creates an economic climate foreign investors will find attractive“.

34 Deutsch a.a.O., S. 45 f.

35 Selbst Deutsch, a.a.O., charakterisiert seine Theorie als „vielleicht haltbar“.

stige) „Tendenz“ kann nämlich auch durch eine Korrektur dieser offensichtlichen außenpolitischen amerikanischen Fehlleistung, die gerade jetzt vorgenommen wird, nicht falsifiziert werden<sup>36</sup>.

Der Verdacht bestätigt sich, daß unter dem Anspruch radikaler empirisch-analytischer Kritik eine durchaus moralisierende Betrachtungsweise vonstatten geht. Denn unwandelbare Strukturmerkmale (darüber noch am Ende) sind letztlich Eigenschaften des „Systems“, die mit einem nicht explizit entwickelten moralischen Maßstab gemessen werden.

## VII.

Eine durch den Ansatz und den Strategie-Begriff bedingte Eigenheit der Krippendorffschen Untersuchungen ist ein Mangel an Spezifität. Das zeigt sich besonders in dem außerordentlich materialreichen und informativen zweiten Hauptteil über das außenpolitische Instrumentarium der Vereinigten Staaten. Diese Untersuchungen weiten den Gegenstandsbereich außenpolitischer Verhaltensweisen ins Uferlose, Unbegrenzbare aus und vernachlässigen zugleich das spezifisch „Amerikanische“ daran, das durch einen — gar nicht unternommenen — Vergleich mit anderen Außenpolitiken kontrastierend herauszuheben wäre oder sich eben als von sehr genereller Bedeutung herausstellen würde.

Das außenpolitische Instrumentarium bezeichnet die Mittel und Verfahren, mittels derer die Vereinigten Staaten, expansiv oder auch nur den status quo erhaltend, revolutionäre Veränderungen („Aggression“ oder „Subversion“) zu verhindern und damit die Bedingungen ihrer Existenz im Sinne der oben definierten globalen „Offenen Tür“ zu sichern suchen.

Im Vordergrund des Interesses steht dabei nicht direkte militärische, politische oder wirtschaftliche Beherrschung außeramerikanischer Gebiete oder auch nur die Schaffung direkter Abhängigkeiten. Sicher waren oder sind die USA in der Lage, über die Kontrolle (zunehmend mittels multinationaler Gesellschaften) wichtiger Wirtschaftssektoren die Politik und Entwicklung fremder Staaten direkt oder indirekt weitgehend zu beherrschen. Das bekannteste Beispiel hierfür war Kuba. Diese evidenten Fälle sind zwar für den betroffenen Staat wichtig genug, jedoch sind sie gegen einen emanzipatorischen Zug der Zeit auf Dauer schwer zu halten und vor allem wissenschaftlich weniger interessant. Theoretisch wie künftig auch praktisch bedeutsamer dürften die Methoden noch „indirekterer“ gesellschaftlicher Beeinflussung sein, die man die „korrumpierende Penetration“ nennen könnte.

Das bedeutet im wirtschaftlichen Bereich, die Massen zu Konsumenten kapitalistischer Produktionsweise zu machen, hervorzubringende bürgerliche Mittelschichten und vor allem gesellschaftliche Eliten von dieser Produktionsweise profitieren zu lassen, um sie alle, vor allem aber die zuletzt genannten Gruppen, für die Wertvorstellungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufnahmebereit zu machen

---

<sup>36</sup> Das Protokoll liegt dem Senat erneut zur Beschlußfassung vor. Die einzigen Schwierigkeiten betreffen nicht die biolog. und chem. Waffen im eigentlichen Sinne, sondern Herbizide und Mittel zur Bekämpfung von Unruhen (riot control agents), die die Regierung als nicht unter das Protokoll fallend interpretiert, s. Erklärung von Sec. of State Rogers am 5. 3. 1971 vor dem Sen. Com. For Rel., in: Dpt. St. Bull, Bd. 64 (1971 I), S. 455 ff., 457; Präs. Nixon hat die Verwendung von Herbiziden in Vietnam inzwischen untersagt. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz haben USA und Sowjetunion einen gemeinsamen Konventionentwurf über das Verbot biologischer Waffen vorgelegt; derartige Waffenbestände werden in den USA z. Z. vernichtet; ein entspr. Verbot chemischer Waffen soll bona fide erarbeitet werden, s. dazu Internat. Herald Tribune v. 6. 8. 1971, S. 1 und 2.

und sie dadurch amerikanischen Interessen zu öffnen. Grundsätzlich ähnlich wie die Bereiche Wirtschaft und Auslandshilfe wird auch der militärische Sektor für diese Zwecke instrumental eingesetzt. Einmal kann man natürlich das Militär direkt oder mittelbar verwenden, um „befreundete freiheitliche“ Regierungen gegen Aggression und Subversion zu stützen. Darüber hinaus vollzieht sich der Prozeß der Übermittlung erwünschter Orientierungen viel undramatischer und subtiler, aber in den erwähnten Bereichen durchaus vergleichbar. Wichtig ist die ständige enge Berührung zwischen amerikanischen und nichtamerikanischen Gruppen jener Bereiche, die durch vielfache Kooperation vermittelt wird: wirtschaftliche, technische, militärische Hilfe, Ausbildung von Eliten in Amerika, amerikanische Ausbildungs-, Trainingseinheiten in den Zielgesellschaften, gemeinschaftliche wirtschaftliche, militärische Projekte, Überlassung amerikanischen Materials usw. Dadurch werden die nichtamerikanischen Korrespondenzgruppen mit amerikanischer Denkweise und Wertordnung, die auf den Gegenstand der Kooperation bezogen ist, vertraut, sie werden materiell interessiert, Status- und Prestigedenken werden geweckt, das nach Bestätigung und Statussymbolen verlangt (ökonomische Prestige-Objekte: das Stahlwerk; Waffen: Düsenjäger für Peru usw.). Die jeweiligen Korrespondenzgruppen identifizieren sich miteinander. Dieser Vorgang bewirkt eine teilweise Außenorientierung dieser Gruppen oder, was dasselbe ist, eine partielle Umorientierung der inneren Struktur der Gesellschaften, in denen sie wichtige Rollen innehatten, und damit einhergehend eine zumindest partielle Außen-Kontrolle durch die Vereinigten Staaten, Verlust an innen- und außenpolitischem Handlungsspielraum der Betroffenen<sup>37</sup>. Abhängigkeiten entstehen, die „Tür“ wird „offen“ gehalten.

Die tatsächlichen Auswirkungen dieser Aktivitäten auf fremde Gesellschaften behandelt Krippendorff im Grunde spekulativ. Es gibt jedoch empirische Untersuchungen, die Krippendorffs Thesen unter dem Gesichtspunkt der „transnational participation“ oder „institutional penetration“ teilweise bestätigen, aber auch die möglichen „negativen“ oder Boomerang-Reaktionen berücksichtigen<sup>38</sup>. Wegen dieser beabsichtigten Wirkungen zugunsten der USA werden dort multilaterale (Hilfe- usw.) Programme weniger gern gesehen<sup>39</sup>. Die beeinflussten Gruppen bilden schließlich oder stützen und verteidigen (Militär) „freiheitliche“, d. h. privatwirtschaftlich orientierte Regimes, die sich also auf die vermittelten Ordnungskonzeptionen gründen und darum jetzt auch auf offene Unterstützung durch die Vereinigten Staaten rechnen können — gegen Aggression oder Subversion, die in ihren Augen deren Sturz bezwecken. Das ist das erklärte Ziel amerikanischer Politik seit Truman-Doktrin, Marshall-Plan und Point Four. Die theoretische Erfassung dieser Vorgänge würde eine neue oder weiterentwickelte Imperialismustheorie fordern<sup>40</sup>. Krippendorff erwähnt ausdrücklich nicht einmal die klassische.

Hinsichtlich der vielfältigen amerikanischen Expansions- und Penetrationsversuche kann Krippendorffs ungewöhnlich ergiebige Darstellung in tatsächlicher Hinsicht nur bestätigt und ergänzt werden, letzteres um einige Aspekte aus dem wirtschaft-

---

37 In extremeren Fällen wird eine Form des „penetrated system“ vorliegen, nach James N. Rosenau, *Pre-Theories and theories of foreign policy*, in: R. Barry Farrell ed., *Approaches to comparative and international politics* (Evanston 1966), S. 27–92, 65 ff.

38 Vgl. Robert C. Angell, *Peace on the march. Transnational participation* (New York usw. 1969), z. B. S. 80, 83–91, 116–8. Angell behandelt die gesellschaftlichen Wirkungen von Studien, Niederlassung, Geschäftstätigkeit, Hilfeleistungen usw. im Ausland. Der thematische Ansatz ist conflict resolution. Die Wirkungen dieser Aktivitäten werden positiv eingeschätzt, wenn sie einflußreich genug sind, um ein „positives Image“ der Vereinigten Staaten zu schaffen. Hier manifestiert sich ein instrumentalisierter Zug in der amerikanischen Sozialwissenschaft, der Krippendorff insoweit vollauf bestätigt.

39 Angell, a.a.O., S. 92.

40 Vgl. jetzt aber Johan Galtung, *A structural theory of imperialism*, in: *Journal of Peace Research* (1971), S. 81–117.

lichen und militärischen Bereich, wobei wichtige kritische Stimmen aus den Vereinigten Staaten selbst zu berücksichtigen sind. So charakterisierte erst kürzlich Senator Fulbright das Auslandshilfeprogramm als Versuch „to promote a sort of up-dated ‚dollar diplomacy‘“<sup>41</sup>. Die in dieselbe Richtung weisenden Implikationen (Krippendorff S. 434 ff.) etwa des Peace Corps als Träger amerikanischer Expansion sind erneut monographisch nachgewiesen worden<sup>42</sup>. Ein Ausschußbericht im Abgeordnetenhaus wies kürzlich Vorwürfe zurück, die Militärhilfe habe zu militärischen Machtübernahmen in den Empfängerländern ermutigt. Was der Bericht zur Entlastung anführt, wehrt — Richtigkeit unterstellt — zwar jenen groben Vorwurf ab, stützt aber die obige These, wenn er ausführt, Amerikas politische Interessen würden wesentlich „advanced by the person-to-person contact“, der sich in den militärischen Ausbildungsprogrammen entwickle; „U.S. security interests are served“, wenn alliierte, befreundete oder wenigstens nicht antagonistische Nationen ihre innere Stabilität und Ordnung aufrechterhalten könnten<sup>43</sup>. Amerikanische Prinzipien der Selbstbestimmung und Demokratie müßten nach Ansicht der Washington Post an sich „ehrliche“ Wahlen in Süd-Vietnam mit der Chance für einen kompromißbereiten neutralistischen Kandidaten verlangen. Aber „as a practical matter“ übersehe dieses Argument das „fundamental commitment of the Nixon administration to a regime so strong that it will not have to compromise with the enemy“, d. h. mit den Kommunisten<sup>44</sup>. Die Regime-stützende Wirkung der amerikanischen Politik gegenüber Spanien, besonders im Hinblick auf das inzwischen abgeschlossene umfassende „Freundschafts- und Kooperationsabkommen“ vom 6. August 1970<sup>45</sup>, charakterisierte C. L. Sulzberger von der New York Times aus der Perspektive der spanischen Opposition wie folgt: „. . . America as helping a dying dictatorship to survive and thereby hindering development of modern constitutional, parliamentary, industrial and trade union relationships and, moreover, separation of church and state“<sup>46</sup>. Diese Stützung nahm dabei so durchaus greifbare Gestalt an wie gemeinsame spanisch-amerikanische Manöver auf der Basis des Szenarios eines inneren Aufstandes<sup>47</sup>.

Als letztes Beispiel diene das von Krippendorff (S. 281) nur beiläufig erwähnte amerikanische Engagement in Äthiopien seit etwa 1960. Nicht nur dem ausländischen Wissenschaftler Krippendorff, auch dem amerikanischen Kongreß (Senat) war keine Information darüber zugänglich, bis sie durch Senatshearings über die auswärtigen „commitments“ der Vereinigten Staaten zutage gefördert wurde<sup>48</sup>. Zunächst gab der amerikanische Botschafter, offenbar schon in den späten 1950er Jahren, dem Kaiser wiederholt mündliche „assurances of our continued interest in the security and integrity of his country and (of) our opposition to any activities threatening

---

41 Als Reaktion auf eine am 25. 4. 1971 veröffentlichte Untersuchung einiger Auslandshilfeprogramme durch das General Accounting Office, nach Internat. Herald Tribune v. 27. 4. 1971, S. 3. — Als Fallstudie vgl. James W. Wilkie, *The Bolivian Revolution and U. S. aid since 1952. Financial background and context of political decisions* (Los Angeles 1969), passim, z. B. S. 13. — Für eine frühe Untersuchung der Beziehung Außenwirtschaft — Politik s. Albert O. Hirschman, *National power and the structure of foreign trade* (Berkeley u. Los Angeles 1945, Neudruck 1969).

42 Vgl. dazu Marshall Windmiller, *The Peace Corps and Pax Americana* (Washington 1970).

43 Bericht des House Subcom. on National Security Policy vom 4. 4. 1971, nach Internat. Herald Tribune vom 6. 4. 1971, S. 3.

44 Leitartikel: „American Interest in re-electing Thieu“, in: Internat. Herald Tribune v. 25/26. 4. 1971, S. 4.

45 Text: Department of State Bulletin Bd. 63 (1970 II), S. 237 ff.

46 In: Internat. Herald Tribune vom 28. 12. 1970, S. 4: „Lining up against the Future“.

47 Bericht von Sen. Fulbright, *The Pentagon propaganda machine* (New York 1970), S. 90—92.

48 Hearings before the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Com. on For. Rel., U. S. Senate, 91st Congr., 2nd Sess., Part 8: Ethiopia, Washington, 1. 6. 1970; vgl. S. 1897—1900 über das Vorenthalten dieser Information.

the territorial integrity of Ethiopia<sup>49</sup>. — Man beachte die teilweise wörtliche Übereinstimmung mit den „klassischen“ Open-Door-Noten betreffend China von 1899/1900<sup>50</sup>. Das Department of State ließ die Bedeutung dieses Engagements, unter dem es im Falle eines Angriffes auf Äthiopien lediglich die Bereitschaft „to use our good offices in the United Nations“ verstanden wissen wollte, gegenüber Äthiopien selbst bewußt im Dunkel<sup>51</sup>. Tatsächlich jedoch konkretisierten die USA ihre Zusicherungen in der damaligen Situation. Diese war (ist noch) gekennzeichnet einmal durch die Präsenz einer großen Strategic Communications Station in Kagnew/Äthiopien und zum anderen durch sporadische Unruhen, die in erster Linie mit der besonderen Situation Eritreas in Äthiopien zusammenhängen. In dieser Lage also verpflichteten sich die USA im Jahre 1960 durch ein dem Kongreß nie vorgelegtes Abkommen (in den folgenden Jahren ausgefüllt und erweitert), Militärhilfe zu leisten, die die Aufstellung einer vierten Division in der äthiopischen Armee ermöglichen sollte: Ausbildung in den USA und im Lande selbst durch amerikanische Ausbilder und Militärberater (insgesamt ca. 6000 Amerikaner, davon mehr als 2000 Militärpersonal, etwa 100 davon in der Military Advisory Group i. e. S.), Lieferung von erforderlichem Gerät, Waffen, der gesamten Munition (entsprechende Hilfe auch für die Polizeikräfte), Unterstützung bei Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau (der bekanntlich ebenso militärische wie wirtschaftliche Bedeutung hat) und beim Ausbau der Haile-Selassie-I.-Universität<sup>52</sup>. Die hierfür erforderlichen Etatansätze wurden unspezifiziert im allgemeinen Militärhilfehaushalt untergebracht und konnten deshalb der Aufmerksamkeit des ohnehin in Sachen Militärhilfe lange Zeit unkritisch zustimmungsbereiten Kongresses entgehen. Das Resultat ist eine substantielle amerikanische Unterstützung für die kaiserliche Regierung in deren Kampf gegen aufständische Gruppen (internal security, counterinsurgency program), in dem alle amerikanischen militärischen Hilfsleistungen (Güter und Dienste) eingesetzt werden. Das Hearing macht deutlich, daß die Unterscheidungen des State Department zwischen „minor“ und „major“ Aufständen, direkter und mittelbarer Unterstützung verfließen<sup>53</sup>. Senator Fulbright faßte das so zusammen: It [i. e. military intervention] is going on now, and you are supporting the Emperor against an insurgency . . . supporting the Government against any change<sup>54</sup>. David B. Newsom, Assistant Secretary of State for African Affairs, erklärte die Strategie dieser Stützung des Kaisers, aber auch jeder Nachfolgeregierung — „provided it maintained the same orientation“ — damit, daß die USA für die Leistung der Mittel zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des Regimes (gegen Aufstand, gewaltsame Veränderung) die „Kooperation“ eines einflußreichen afrikanischen Politikers erhielten, gewissermaßen als Multiplikator ihres — der USA — eigenen sonst schwachen Einflusses in Afrika, sowie Stützpunktrechte<sup>55</sup>. Der höchste Fachbeamte des State Department spricht aber auch das langfristige Ziel der „Open Door“ und das Mittel der gesellschaftlichen Beeinflussung maßgebender Eliten als Mittel zu seiner Erreichung ausdrücklich an: „We have played an important role in the educational directions of many Ethiopians, a fact which, in

49 Ibid. S. 1888, 1904.

50 Vom 6. 9. 1899, U. S. Foreign Relations 1899, S. 131—133 (143), und vom 3. 7. 1900, ibid. 1900, S. 299.

51 Diese einschränkende Interpretation ist nur „what we would have replied“ im Falle einer Bitte um Klarstellung, Hearings (Anm. 48), S. 1904, Hervorhebung vom Verf.

52 Text ibid. S. 1904 f.

53 Vgl. z. B. ibid. S. 1918—1923.

54 Ibid. S. 1921, 1922.

55 „The Emperor . . . is a figure of tremendous importance in Africa itself. . . . We have worked very closely with him in Africa (deleted)“, ibid. S. 1949, ferner S. 1909 f., 1945.

our total aid program, gives us an opportunity, we think, in what we hope will be an expanding economy for trade and investment“<sup>56</sup>. Zwar weist Senator Fulbright sofort auf die sehr beschränkten Handelsmöglichkeiten hin. Es könnte sich aber gerade deshalb um ein Beispiel für eine verselbständigte ökonomische Denkweise handeln. Offen blieb in der Untersuchung, ob die amerikanische Politik in erster Linie kurz- oder langfristig orientiert ist. Senator Fulbright kam zu dem Ergebnis, das eigentliche Interesse gelte dem militärisch wichtigen Kommunikationszentrum Kagneu<sup>57</sup>. Der Rechtsberater des Untersuchungsausschusses dagegen machte sich gewissermaßen die langfristige strategische Interpretation Krippendorffs zu eigen und sah in Kagneu nur einen Vorwand, um mit dem Hinweis auf ein konkretes militärisches Projekt den Kongreß zur Mittelbewilligung zu veranlassen, während das eigentliche Ziel der umfangreichen Militärhilfe, das auf Verständnis des Kongresses nicht im selben Maße habe rechnen können, darin bestanden habe, „to induce a favorable presence there“<sup>58</sup>. Es sollten mit anderen Worten die geistig-kulturellen wie interessenmäßig motivierten Voraussetzungen für eine „Kooperation“ geschaffen werden, wiederum zu verstehen als Zugang und Beeinflussungsmöglichkeit für amerikanische politisch-ökonomisch-strategische Interessen.

Trotz der Relevanz des reichen zeitgeschichtlichen Materials bei Krippendorff wird zugleich deutlich, wie wenig davon spezifisch im Sinne der eingangs gemachten Bemerkungen nach Handlungssubjekt und Handlungsmodalität auf die amerikanische Strategie bezogen ist. Verfahren, mit Hilfe wirtschaftlicher Beziehungen und besonders der Auslandshilfe — diese kannte schon das Altertum<sup>59</sup> —, militärischer Unterstützung usw. fremde politische Systeme zu beeinflussen, d. h. Interessen zu verschränken, auf Übernahme bestimmter (eigener) Ordnungsvorstellungen zu drängen und dadurch Abhängigkeit und Offenheit für die Interessen des Initiators dieser Verfahren zu schaffen, sind keine amerikanische Erfindung. Man muß nur berücksichtigen, daß sich infolge struktureller Veränderungen und Differenzierungen in den Zielgesellschaften die Frage nach den Adressaten für derartige Bemühungen (den maßgebenden Eliten usw.) immer wieder neu stellt, daß die Gegenstände der Beziehungen (etwa in der Wirtschaft oder in der militärischen Technologie) wie die Kommunikationstechniken sich wandeln und damit auch die Modalitäten und Inhalte der Einflußgewinnung als expansives, weit ausgreifendes Mittel zur Sicherung der äußeren Bedingungen der eigenen Existenz. Das ist der Stoff, aus dem äußere Politik gemacht ist. Interessant wäre zu sehen, ob und wie sich amerikanisches Vorgehen von dem vergleichbarer Mächte abhebt. Gerade Krippendorffs Ansatz — Außenpolitik als Systemerhaltung — würde eine funktionell vergleichende Betrachtung nahelegen. Ist denn wirklich der Unilateralismus (S. 465) ein spezifisch amerikanisches Phänomen, oder ist die expansive Dynamik (S. 458) auf den Kapitalismus, insbesondere den amerikanischen, beschränkt? Oder der Umschlag in die Gewalt bei wirklicher oder geglaubter Gefährdung des eigenen Systems (S. 476)? Krippendorff neigt allgemein dazu, das zweifellos kritikwürdige, jedoch — jedenfalls historischer Erfahrung nach — „normale“ Verhalten eines Staates (die kleineren Staaten sind in der Regel allenfalls aus Unvermögen „tugendhafter“) den besonderen Strukturen der Vereinigten Staaten anzukreiden.

---

56 Ibid. S. 1949.

57 Ibid. S. 1949.

58 Ibid. S. 1953.

59 Vgl. Franz Altheim, Entwicklungshilfe im Altertum. Die großen Reiche und ihre Nachbarn (Reinbek 1962).

Unspezifisch wird Krippendorff aber auch hinsichtlich der von ihm deutlich inkriminierten Handlungsmodalitäten selbst. Ein politologischer König Midas, wird seiner Analyse jedwede amerikanische gesellschaftliche oder gouvernementale Tätigkeit, die auch nur irgendwie fremde Gesellschaften berührt, zum taktischen Vollzug der „amerikanischen Strategie“, trägt und vermittelt sie amerikanische (bürgerlich-kapitalistische) Ordnungsvorstellungen und Verhaltensweisen und sucht andere Gesellschaften für sie empfänglich zu machen, zu manipulieren usw. Dazu gehören Aktivitäten nicht nur im Bereich von politischer Politik, Militär, Wirtschaft, sondern auch von Kultur, Wissenschaft, Tourismus, Sport (S. 324) usw. Es gibt praktisch keine menschliche Aktivität, die nicht mindestens objektiv diese Funktion hätte (vgl. z. B. S. 310, 370 f., 398, 401). Jeder Atemzug wird zum Versuch, fremde Gesellschaften zu durchdringen.

Es ist wohl unvermeidbar, daß eine Nation, die primär durch Produktion und Handel mächtig geworden ist, durch ihren Handel entsprechende nationale Ordnungskonzeptionen mitschleift und sich günstigen Boden für ihn zu schaffen sucht. Das gilt in ähnlicher Weise sicher für jeden Akteur — und der Mächtigere hat in der Regel die größere Chance, sich auch durchzusetzen. Aber es fehlt zumeist die Spezifität der Relation zwischen diesem Tun und seinen Adressaten, um politisch fruchtbare Analysen zu ermöglichen und vor allem um Ansatz zur Kritik zu bieten. Das zeigt sich, wenn Krippendorff ausführt, diese gesellschaftliche Auslandstätigkeit unterlaufe das Nichtinterventionsprinzip (S. 351). Der Begriff Intervention bzw. Nichtintervention weitet sich auf diese Weise zu solcher Allgemeinheit aus, daß keine politisch relevanten Aussagen mehr zu machen sind, von juristischen gar nicht zu reden<sup>60</sup>. Dies um so mehr als das von Krippendorff doch offenbar normativ verstandene Nichtinterventionsprinzip selbst ins Zwielficht gerät: auf S. 281 kritisiert Krippendorff die schon erwähnte interventionistische Mitwirkung der USA an der Niederschlagung äthiopischer Unruhen und auf S. 282 den Umstand, daß „durch (sic!) ostentative Nichteinmischung . . . amerikanischer Truppen“ der Armee-Putsch 1963 in Korea erfolgreich sein konnte. Entweder mißt Krippendorff mit zweierlei Maß (zulässig ist die „linke“, nicht die „rechte“ Intervention), oder er verfällt in den häufigen Fehler, Nichtintervention der Intervention wegen scheinbar gleicher Wirkung gleichzusetzen. Er würde dann jedoch übersehen, daß nur irgendeine wie auch immer geartete vorgängige Pflicht zum Handeln die Nichtintervention der Intervention angleichen könnte. Dann wäre man aber wieder bei einer Pflicht zur Intervention angelangt, die doch gerade negiert wird.

## VIII.

Krippendorffs Analyse führt notwendig zu einer pessimistischen Aussage über die Chancen für eine Änderung der amerikanischen Strategie. In welcher Richtung allerdings eine solche Änderung im einzelnen zu wünschen wäre, läßt sich allenfalls aus dem Gesamtzusammenhang extrapolieren. Krippendorff selbst schweigt sich dazu, wie schon bemerkt wurde, völlig aus. Daß eine fundamentale Änderung vonnöten ist, wenn sich Krippendorffs Thesen als richtig erweisen, wonach „die ameri-

---

<sup>60</sup> Vgl. gegen diese Ausuferung z. B. Thomas Oppermann, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, in: Archiv des Völkerrechts Bd. 14 (1969/70), S. 321 ff.; James N. Rosenau, Intervention as a scientific concept, in: Journal of Conflict Resolution Bd. 13 (1969), S. 149—171.

kanische Strategie“ zu wachsender Kontrolle über fremde Gesellschaften oder in einer sich ändernden Welt zu eskalierender Gewaltanwendung bis zur Totalzerstörung des Lebens führt, ist selbstevident.

Der strukturalistische ökonomische Determinismus läßt jedoch grundlegende Strategieänderungen nicht zu, es sei denn, wie Krippendorff behauptet, infolge einer qualitativen, d. h. revolutionären Änderung des gesellschaftlichen Systems, dessen Äußerung sie ist. Dieses System hat seine Lern- und Innovationsfähigkeit eingebüßt. Das Wechselspiel von dominanten objektiven Systemerhaltungsinteressen, ökonomischer Denkweise, verinnerlichten Wertvorstellungen und extremer Entscheidungsfragmentarisierung produziert so vielfältige Filterungen, Verzerrungen, Blockierungen der Wahrnehmung, Information, Produktion politisch gestaltender Ideen und ihrer Realisierung, daß das System insgesamt nur noch sich selbst reproduziert. Das Prinzip der Kompetenzdiffusion „reflektiert“ (was nur richtig sein kann, wenn es als an der Hervorbringung dieses Ergebnisses zugleich wesentlich beteiligt gesehen wird) ein politisch-soziales System, das zu grundsätzlichen Neuorientierungen seiner Strategie strukturell unfähig geworden sei (S. 181). Nach Karl W. Deutsch gilt das in ähnlicher Weise für alle großen Industriegesellschaften der Gegenwart: Strukturveränderungen setzen Massenunterstützung voraus, Massenunterstützung verlangt kurzfristige, direkte Rückkopplungen im Prozeß der Belohnungen für das eigene Verhalten, kurzfristige Rückkopplungen scheinen aber ihrerseits ohne Strukturveränderungen nicht möglich zu sein<sup>61</sup> — also kann es keine Veränderungen von Erheblichkeit geben. Diese Überlegungen sind bestehend wegen ihrer logischen Stringenz. Sie gestatten offenbar keinen Ausweg aus dem angedeuteten *circulus vitiosus*. Ihre entscheidende Schwäche liegt darin, daß gerade ihre innere logische Folgerichtigkeit dazu verführt, ihren immer zu beachtenden Modellcharakter zu vergessen und sie unvermittelt mit der historischen Wirklichkeit zu identifizieren. Andererseits ist der naive liberale Optimismus, der sich der Problematik gar nicht erst bewußt wird, ebenso unglaubwürdig. Ein Vertreter dieser Richtung verweist in einem inhaltlich ähnlich wie Krippendorffs Buch angelegten Werk als Quintessenz und Garantie des Überlebens auf die „exceptional learning capacity of its [d. h. der Vereinigten Staaten] political system“, es besitze „to an exceptional degree the ability to detect and correct its own errors“<sup>62</sup>.

Aber auch Krippendorff verkennt doch mehrere Umstände. Der Erklärungsraster aus vorgegeben-konstanter Strategie und variabler bloßer Taktik ist, wie früher bemerkt, zu grob, um die oft entscheidenden Nuancen zu erfassen, die in der innerstaatlichen wie internationalen Eingebundenheit des Entscheidungsträgers langfristig bedeutende Veränderungen bewirken können. Krippendorff argumentiert statisch, letztlich unpolitisch, indem er Politik als Prozeß negiert. Der Prozeß aber wird konstituiert durch die dialektische Beziehung, den Rückkopplungseffekt zwischen taktischer Anpassung und zugrundeliegender Strategie, also zwischen Strategie und Taktik, vermittelt durch einzelne Entscheidungsträger und -akte. Es erscheint als unmöglich, diese beiden zentralen politischen Orientierungsbegriffe so isoliert und beziehungslos gegeneinander zu setzen, wie Krippendorff das tut. Und zwar ergibt sich eine solche Wechselbeziehung sowohl hinsichtlich des von Krippendorff vernachlässigten Prozesses der Interaktion mit anderen internationalen „Spielern“

---

61 Karl W. Deutsch, in: Jahrbuch f. Friedensforschung a.a.O., S. 47 f.

62 Laurence I. Radway, *Foreign policy and national defense* (Atlanta usw. 1969), S. 182.

wie auch in der inneren Abfolge von Entscheidungen und Kritik an ihnen. Sicher unterschied J. F. Kennedy sich in erster Linie durch besonders intelligente Rhetorik von anderen Präsidenten der letzten Zeit. Aber es ist einfach nicht richtig — wenn auch natürlich nicht auszuschließen —, daß die Antwort der Vereinigten Staaten auf wachsende Herausforderungen in der Welt bzw. auf die bekannten innergesellschaftlichen Probleme nur die Eskalation der Gewalt sein könne, außenpolitisch als militärische Intervention zur Stützung befreundeter „freiheitlicher“ Regierungen gegen drohende Revolutionen, besonders in der Dritten Welt, im Innern als Faschisierung und direkte oder indirekte militärische „Machtübernahme“ (S. 452).

Abgesehen von der mehr philosophisch zu beantwortenden Frage, ob bei Anerkennung der gesellschaftlich-ökonomischen Parameter neben der revolutionären Tat für freies, menschliches politisches Handeln noch Raum bleibt<sup>63</sup>, sind konkrete Umstände zu bedenken, die zwar zu keiner neuen Gewißheit führen können, jedoch die voreilige Gewißheit Krippendorffs in Frage stellen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß gerade die außerordentliche Dynamik und verwirrende Vielfalt der am Entscheidungsprozeß beteiligten Kräfte und Gruppen immer wieder nur dasselbe Gesamtergebnis produzieren. Im Ablauf von Entscheidung und Kritik bleiben künftige Entscheidungen nicht unbeeinflusst. Es ist vereinfachend und beweisedürftig, sich darauf zurückzuziehen, daß jegliche Kritik system-immanent bleibe und lediglich taktische Varianten produziere. Einmal gibt es, darauf wurde schon früher hingewiesen, durchaus Ansätze zu einer das System transzendierenden Kritik. Sie wird nicht lediglich brachial unterdrückt oder pluralistisch neutralisiert, sondern kann wenigstens in Einzelfällen über den Massenmultiplikator Einfluß ausüben, wie es im Zusammenhang mit der Vietnam-Politik vermutlich geschehen ist. Die sorglose Selbstsicherheit der Regierung ist nicht unwesentlich durch die vor allem jugendlichen Massenproteste erschüttert worden, die zum Bewußtsein einer fundamentalen gesellschaftlichen Krise geführt haben<sup>64</sup>. Diese Krise besteht ganz wesentlich in dem Infragestellen, wenn nicht gar Zerbrecen des bislang so starken amerikanischen Konsensus und in einem tiefgreifenden Schwund des Vertrauens des amerikanischen Volkes in das eigene politische System, seine Ordnungsprinzipien und vor allem seine politische Führung<sup>65</sup>. In diesem Brennpunkt treffen sich alle Gegensätze gleichzeitig, die früher vielleicht als einzelne „Probleme“ existierten, aber nach dem Kanon amerikanischer Problembewältigung erledigt werden mochten: jene der Rassen, der Generationen, der Unterprivilegierten und Besitzenden, der Vorort- und der Slumbewohner, der Gegner und Befürworter des Krieges in Südostasien usw. Der resultierende „credibility gap“ stellt das Mandat für die Machtverwalter fundamental in Frage, selbst wenn sie es bisher objektiv nur (im

---

63 Vgl. die knappe Gegenüberstellung möglicher Denkpositionen bei Herbert Marcuse — Karl Popper: *Revolution oder Evolution? Eine Konfrontation* (München 1971).

64 Wenn offizielle Verlautbarungen der Regierung davon wenig erkennen lassen, bedeutet das keineswegs, daß sie deren Bewußtsein nicht erfaßt hat. — In der Publizistik oder Wissenschaft vgl. etwa Arthur M. Schlesinger jr., *The bitter heritage* (London 1967), eine liberale oder „taktische“ Kritik (im Sinne Krippendorffs), vgl. die entspr. Kritik von Chomsky daran, *The new mandarins*, a.a.O., S. 295 ff. — Vgl. ferner Samuel Lubell, *The hidden crisis in American politics* (New York 1970); Andrew Hacker, *The end of the American era* (New York 1970), eine Spengleriana; zu dem wichtigen Aspekt der Studentenunruhen sei nur genannt Seymour M. Lipset und Philipp G. Altbach eds., *Students in revolt* (Boston 1969); als wiederum mehr globale kulturkritische Bestandsaufnahme noch Zbigniew K. Brzezinski, *Between two ages. America's role in the technetronic era* (New York 1970). Noch ergiebiger ist die Lektüre von Zeitschriften, z. B. *Encounter*, *Interplay*, *NY Review of Books* usw. Details würden den hier gegebenen Rahmen sprengen.

65 Vgl. z. B. die Hearings before the Senate Com. on Foreign Relations, 91st Congr. 2nd Sess., on „Moral and Military Aspects of the War in Southeast Asia“, Mai 1970 (Washington 1970), insbes. S. 9, 15 (I. Greenberg), S. 84 (Sen. Symington, Gen. Gavin). — Nach einem Louis Harris-Poll vom August 1971 sank die Einschätzung der allgemeinen Glaubwürdigkeit des Präsidenten weiter ab, die negative Bewertung seiner Handhabung des Krieges trotz Truppenabzuges und geringerer Verlustziffern von 57 % auf 61 % (neg.), nach *Internat. Herald Tribune* vom 18. 8. 1971, S. 3.

Sinne Krippendorffs) als Systemfunktionäre ausübten — aber doch aufgrund eines intakten Konsensus legitimiert vom Volke im Sinne der demokratischen Theorie. Weil diese Legitimationsgrundlage brüchig wird, mag in der Tat die Gefahr einer offenen Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft bestehen: Machtinhaber neigen dahin, Zustimmung des Volkes durch Gewalt zu ersetzen<sup>66</sup>. Dieser Befund bestätigt aber nicht, sondern widerlegt Krippendorffs einseitig-ausschließliche Theorie. Denn er impliziert als Existenzvoraussetzung des amerikanischen Systems eine (demokratische) Dimension, die bei Krippendorff nicht berücksichtigt ist.

Daraus folgt zwar keine Lösung der Probleme des amerikanischen gesellschaftlich-politischen „Systems“ oder der Weltpolitik und des Friedens, soweit sie von jenem beeinflusst werden. Es ergibt sich lediglich die Feststellung, daß jene Probleme in einem komplizierteren Spannungsfeld sozialer Kräfte stehen als Krippendorffs ökonomisch-strukturalistischer Determinismus es wahrhaben will. Damit ist die Situation zumindest offen für variable Lösungen und nicht prädeterminiert.

Zum anderen kann auch aus (zunächst) taktisch motivierter (immanenter) Kritik mehr erwachsen als nur taktische Anpassung. Das Maß der taktischen Änderungen und Anpassungen kann, kaum sichtbar für die Gegenwärtigen, zu langfristigen bedeutsamen Wandlungen und letztlich zu einer qualitativ neuen Strategie führen. Der Kritiker langer Marsch durch die Entscheidungsprozesse und Institutionen ist nur in einer vielleicht in erster Linie ästhetisch faszinierenden Theorie von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. So können sich in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung (i. e. S.) und Kongreß mit weiterer Öffentlichkeit zwei Dinge als folgenreich erweisen: zunächst eine gewisse Entblockierung von Information, die möglich war als Folge des angesprochenen Vertrauensschwundes in einem Zustande kritischer Bewegtheit und Rezeptivität der Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sind etwa zu nennen die Hearings insbesondere des Außenpolitischen Senatsausschusses über verschiedene Aspekte amerikanischer Außenpolitik und ihrer Beziehungen zum Stande der amerikanischen Gesellschaft, so z. B. zu Entstehung und Ausmaß der internationalen Verpflichtungen (commitments) der Vereinigten Staaten<sup>67</sup>, über den Zusammenhang zwischen Vietnam-Krieg und amerikanischer Wirtschaft — dabei über die engere Thematik weit hinausgreifend zu einer allgemeinen Diagnose der amerikanischen Gesellschaft — oder „Moral and Military Aspects of the War in Southeast Asia“<sup>68</sup> und verwandte Probleme anläßlich konkreter Beschlußvorlagen wie über Auslands-, insbesondere Militärhilfe, weiter Hearings des Joint Economic Subcommittee on „Priorities and Economy in Government“. Im Verlauf dieser Hearings charakterisierten namhafte Ökonomen und Politologen, selbst früher Forschungsreferenten im Verteidigungsministerium, dessen neuerliche „gap“-Theorie, nach welcher — jetzt militärischer „research and development gap“ genannt — die Sowjetunion die USA in Rüstungsforschung und -entwicklung überflügle, als Trick des Pentagon, um den Kongreß zu weiteren Bewilligungen zu veranlassen, die weder von Sicherheitserwägungen gefordert noch, wenn bewilligt, effektiv verwertbar seien, was sogar vom

---

66 Vgl. Hannah Arendt, *Politik — Theorie — Aktion*, a.a.O., S. 310.

67 Aus denen die früher erwähnten Hearings über Äthiopien nur einen Ausschnitt darstellen, vgl. auch den die Reihe dieser Hearings zusammenfassenden Report to the Com. For. Rel. U. S. Senate by the Subcom. on Security Agreements and Commitments abroad, 91st Congr., 2nd Sess., vom 21. 12. 1970 (Washington 1970). Committee Print.

68 Erstere von April bis August, letztere im Mai 1970, beide bereits zitiert.

Pentagon selbst bestätigt worden sei<sup>69</sup>. Schließlich wäre hier, mit allen Vorbehalten hinsichtlich der historischen Verlässlichkeit, die Veröffentlichung der sogenannten „Pentagon-Papiere“ zum Vietnam-Krieg zu erwähnen<sup>70</sup>.

In der Konfrontation mit diesen konkreten Fragen ist aus dem allgemeinen Gefühl des „credibility gap“ im Bereich der gouvernementalen, aber auch der allgemeineren aktiven Öffentlichkeit ein neues Problembewußtsein erwachsen, das in dieser Weise noch vor wenigen Jahren nicht existiert hat. Es führt zu einer kritischen Diskussion der lange für selbstverständlich hingenommenen nationalen Prioritäten, zu einer Abnahme der Bereitschaft, militärische, rüstungsintensive und allgemein expansive politische Programme der Regierung (i. e. S.) wie noch vor kurzem stets unkritisch zu sanktionieren, und zwar nicht nur im Kongreß oder einer begrenzten „aufgeklärten“, sondern in der allgemeinen Öffentlichkeit<sup>71</sup>. Gegenstand dieser neuen kritischen Diskussion werden die sozialen Kosten militärisch-politisch expansiver Programme angesichts der auch in Amerika nur begrenzten Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft, nicht so sehr die Gefahr eines militärischen Staatsstreiches, aber doch eines unverhältnismäßigen Anteiles des militärischen Sektors am normalen politischen Prozeß, eines Übergreifens von Rücksichten auf Verteidigungsausgaben auf weitere politische Bereiche, die Gefahren des Wettrüstens.

Zum anderen konzentriert sich dieses kritische Interesse wie auf einen Brennpunkt auf die „war powers“ des Präsidenten und seine Macht, die Vereinigten Staaten allein und ohne Mitwirkung des Kongresses, aber unter Einfluß des Militärs, der Geheimdienste, bestimmter Wirtschaftsinteressen usw. außenpolitisch in einer Weise zu binden, die militärische Maßnahmen impliziert, sowie auf die Praxis des Präsidenten, vage Erklärungen des Kongresses, die dieser trotz eines von der Regierung absichtlich erzeugten Informationsmangels abgegeben hat, als „functional equivalent“ einer Kriegserklärung zu behandeln<sup>72</sup>. Dieser Punkt reflektiert die von Henry Steele Commager für viele formulierte Ansicht, daß demokratische Institutionen in Amerika gefährdet seien, wenn es nicht gelinge, diese Befugnisse des Präsidenten zu beschränken<sup>73</sup>. Eben deshalb ist es das Ziel des Senats: „to create a climate of legislative inhibitions on presidential war-making powers“<sup>74</sup>.

Dieser Hintergrund — das ist der andere oben angedeutete Aspekt — gibt den konkreten Auseinandersetzungen um die Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Gleichgewichtes zwischen Exekutive und Kongreß vor allem im außenpolitisch relevanten Entscheidungsbereich erst die rechte Perspektive<sup>75</sup>. Welche Wirkungen diese Ansätze angesichts des Informationsvorsprunges und des praktischen unmittelbaren Handlungsmonopols der Regierung langfristig haben werden, ist noch nicht abzusehen. Zu erwähnen sind hier seit der „national commitments“-Resolution des

---

69 Vgl. den Artikel: „Alarms mislead Public: Ex-Aide in Pentagon decries Claim of Arms-Research Gap“, in: Internat. Herald Tribune v. 12. 8. 1971, S. 3.

70 The Pentagon Papers as published by the New York Times written by Neil Sheehan u. a. (Toronto usw. 1971).

71 Erstmals in der Geschichte des Kalten Krieges befürworteten im Juli 1969 52 % der Befragten eine Reduktion des militärischen Potentials, American Institute of Public Opinion, nach B. M. Russett, *What price vigilance?* a.a.O., S. 24; im Sept. 1970 waren 49 % für eine Beschneidung des Militärhaushaltes, nach Hartmut Keil, *Neuaufgabe des amerikanischen Isolationismus?*, in: *Frankfurter Hefte*, 26. Jg. (1971), S. 587—597, 595.

72 So der damalige Under Sec. of State Nicholas deB. Katzenbach in Hearings im August 1967 betr. S. Res. 151 — die spätere Foreign Commitments Resolution — vor dem Sen. Com. For. Rel., abgedr. in: *Congressional Digest* (Okt. 1968), S. 233 ff., 243.

73 Wiederum in Hearings vor demselben Ausschuß am 9. 3. 1971, nach Internat. Herald Tribune vom 10. 3. 1971, S. 3.

74 Murray Marder, „Battle Stations“, in: Internat. Herald Tribune vom 3. 8. 1971, S. 6, speziell über den Senat. Das gilt indessen ganz allgemein.

75 Vgl. hierzu allgemein die Hearings before the Subcom. on National Security Policy and Scientific Developments of the Com. on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Congr. 2nd Sess., 18. 6. bis 5. 8. 1970: „Congress, the President and the War Powers“ (Washington 1970).

Senats vom Juni 1969<sup>76</sup> verschiedene teils deklaratorische, teils gesetzgeberische Maßnahmen des Senats oder Kongresses insgesamt, die u. a. mittels der Geldbewilligung (bzw. der Androhung der Nichtbewilligung oder der gebundenen Bewilligung) Ausmaß und Dauer militärischer und politischer Verpflichtungen begrenzen sollen: der Widerruf der früheren pauschalen Ermächtigungs-Resolutionen betreffend Formosa, den Mittleren Osten und Südostasien; die Untersagung des Einsatzes von amerikanischen Bodentruppen in Kambodscha Ende 1970; die verschiedenen, nach Meinungsumfragen von der Bevölkerung mehrheitlich (bis 73 Prozent) unterstützten Anläufe zu legislativen Aufforderungen, den Vietnam-Krieg binnen verschiedener Fristen zu beenden<sup>77</sup> u. a. m.

Die Zweifel an der Legitimität des militärisch-industriellen Übergewichtes in den nationalen Prioritäten und im politischen Entscheidungsprozeß haben zwar die (äußerst knappe) ABM-Entscheidung nicht verhindert, aber doch das SST-Projekt und (vorläufig) Militärhilfe für Griechenland gesperrt und — wiederum mit breiter öffentlicher Zustimmung — zu einer tatsächlichen Kürzung des Militärhaushaltes geführt. Dabei sind allerdings die Fragen der militärischen Strategie, der jeweiligen Funktionen der konventionellen und nuklearen Streitkräfte bei verändertem Verhältnis zueinander (Problem der „nuklearen Schwelle“) usw., weder in der Exekutive noch im Kongreß oder sonst in der Öffentlichkeit ausdiskutiert. Verteidigungsminister Laird hat auch schon eine erneute Erhöhung des Verteidigungsbudgets für 1972/73 angekündigt<sup>78</sup>.

Der Krippendorffschen Theorie zufolge wäre der Ausgang dieser Kontroversen zwischen Kongreß und Exekutive a limine irrelevant, weil sich die (ökonomischen, militärischen) Systeminteressen bei allen in Frage kommenden Entscheidungsträgern doch gleichermaßen durchsetzen. Demgegenüber muß jedoch betont werden, daß, wenigstens wenn und solange der Kongreß funktionsfähig ist (auf dessen strukturelle Schwächen kann hier nicht eingegangen werden), der Vertrauensschwund gegenüber der Exekutive, die Entblockierung von Informationen und die Veränderung des Bewußtseins, das allmähliche Entstehen mächtiger Forderungen nach veränderten Prioritäten in der Verteilung beschränkter Ressourcen für die Relevanz der Frage, wer was entscheidet, für die Zukunft erhebliche Bedeutung gewinnen und dem Entscheidungsprozeß eine andere Qualität verleihen können, sogar in dem Sinne, daß die mögliche Wirkung der schleichenden Ökonomisierung und Militarisierung neutralisiert werden und vielleicht sogar sich eine „Friedenslobby“ bilden kann. Zwar ist das amerikanische politische System trotz revolutionärer Erneuerungsrhetorik (Jefferson) bewußt darauf angelegt, tiefgreifende Änderungen — und damit den Abbau bestimmter Interessenkonstellationen, die sich schrittweise

---

76 Dazu kurz vom Verf.: Die national commitments-Resolution des amerikanischen Senats, in: *Moderne Welt* (1969), S. 306—309.

77 U. a. verschiedene Versionen der Hatfield-McGovern-Resolutionen; zuletzt der im Prinzip, aber mit etwas unterschiedlicher Formulierung und deshalb noch nicht endgültig angenommene Zusatz im Wehrpflichtgesetz 1971, vgl. *Internat. Herald Tribune* vom 5. 8. 1971, S. 3. Für einige weitere Vorstöße in dieser Richtung s. Tom Wicker, „Up like Thunder“, *ibid.* am 6. 8. 1971, S. 4, sowie oben Anm. 74.

78 Der Anteil der Militärausgaben am GNP betrug 1961 — 8,8 %, 1971 — 7 %, an Regierungsausgaben 1961 — 44 %, 1971 — 36 %; bis Sommer 1972 sollen die Streitkräfte um 1/2 Mill. Mann verringert werden; Tausende werden nicht nur aus Süd-Vietnam, sondern auch aus Korea, Thailand, den Philippinen abgezogen, zahlreiche überseeische Basen wurden geschlossen. Für Daten und das künftige Lösungen offenhaltende Budget 1971 vgl. Charles L. Schultze et al., *Setting national priorities. The 1971 budget* (Washington 1970), S. 17 ff., bes. 35 f.; *Broader Aspects of U. S. Commitments, Hearing before the Subcommittee on U. S. Security Agreements and Commitments abroad of the Com. For. Rel., U. S. Senate 91st Congr., 2nd Sess., am 24. 11. 1970* (Washington 1971), mit Ausführungen von Carl Kaysen; Charles Wolf jr., *Is United States foreign policy being militarized?*, in: *Orbis* Bd. 14 (1971), S. 819 bis 828, bes. 823 f.; H. Keil, *Neuaufgabe . . .*, a.a.O., S. 595. — Sec. of Def. Laird, in: *International Herald Tribune* vom 16. 8. 1971, S. 1.

etabliert haben — zu erschweren. Aber die Logik der Entscheidungsdiffusion und des Interessenpluralismus, die sich gegen eine starke Zentralgewalt richtet — vielleicht die größte Schwäche des amerikanischen Systems in der heutigen Zeit —, erleichtert zwar einerseits die Durchsetzung massierter partikularer Interessen, aber zugleich ermöglicht sie doch immer die Mobilisierung von Gegenkräften und wirkt wie gegen die Zentralgewalt so auch gegen die Massierung von Interessenschwerpunkten. Hat sich gleichwohl durch schrittweisen, zunächst nicht bemerkten Wandel ein Interessenbündel konsolidiert, ist dennoch der gegenläufige Prozeß schrittweiser Veränderung nicht ausgeschlossen. Die Situation ist in keinem Falle determiniert, sondern offen. Nicht zuletzt würde die Herausbildung echter Massenparteien dabei eine Rolle spielen, die die lokalen Abhängigkeiten des einzelnen Abgeordneten oder Senators reduzieren würden. — Die Forderung nach der „qualitativen“, d. h. revolutionären Veränderung könnte auch ein Ausweichen vor intellektueller Verantwortlichkeit sein und auf dem Mangel an historischer Perspektive beruhen. Es geht also sicher nicht darum, optimistisch auf eine automatische Regenerationskraft demokratischer Prozesse in Amerika zu vertrauen<sup>79</sup>, sondern auf der Basis eines veränderten Bewußtseins um eine „vigorous practice of democracy“ als eine immerhin mögliche Gegenkraft buchstäblich zu kämpfen<sup>80</sup>. Dieser Kampf ist zumindest noch unentschieden. Die angedeuteten Entwicklungen sind immerhin Anzeichen für die Möglichkeit, aus dem *circulus vitiosus* der ökonomisch determinierten Systemerhaltung auszubrechen.

Die dialektische Beziehung — und zugleich verändernde Wirkung dieser Beziehung — zwischen Strategie und Taktik existiert ebenso in dem im engeren Sinne außenpolitischen Feld, dem Bereich der inter- oder transnationalen Interaktionen. Hier gibt es selten streng einseitig wirkende Beeinflussungsverläufe. In der Regel wird der Beeinflussende im Prozeß der Einflußnahme vom Beeinflussten seinerseits beeinflusst. Zum anderen vollziehen sich ganz unabhängig davon ständig Veränderungen in der Welt — technologische und soziale, ökonomisches Wachstum usw. —, die nicht ohne Auswirkung auf die Vereinigten Staaten bleiben. Krippendorff vernachlässigt, wie schon hervorgehoben, diese Dimensionen fast vollständig.

Während die sogenannte Nixon-Doktrin tatsächlich nichts als eine taktische Variante zur bisher mit eigenen militärischen Mitteln selbst betriebenen Anwendung der „amerikanischen Strategie“ auf Asien war, nämlich *containment* Chinas und Offenhaltung der übrigen Gebiete Asiens, erscheint es jedoch, um an gegenwärtige konkrete Beispiele anzuknüpfen, nicht möglich, die jüngsten sich anbahnenden Veränderungen des Verhältnisses der USA zur Volksrepublik China und damit zu Asien allgemein wie auch zur Sowjetunion einfach in das handliche Strategie-Taktik-Schema ohne Folgerungen für die erstere einzuordnen<sup>81</sup>. Die offensichtliche Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, trotz des unmißverständlich und öffentlich erklärten Festhaltens Chinas an seiner kompromißlosen Haltung in den drei für es wichtigsten Sachkomplexen — Indochina, Taiwan und Vereinte Nationen<sup>82</sup> —, eine langfristige Ausgleichspolitik mit China zu verfolgen<sup>83</sup>, bedeutet,

79 So aber die oben erwähnte Ansicht von L. I. Radway.

80 J. W. Fulbright, *The Pentagon propaganda machine*, a.a.O., S. 143 f.

81 Vgl. die vor diesen Ereignissen geschriebene differenzierte Analyse von Michel Tatu, *The great power triangle: Washington — Moscow — Peking*, *The Atlantic Papers* 3 (Paris 1970).

82 Vgl. das fünfstündige Interview Ministerpräsident Tschou En-Lais durch James Reston von der *New York Times*, in: *Internat. Herald Tribune* v. 10. 8. 1971, S. 1 und 2.

83 Nixons Ankündigung einer Peking-Reise, die Erklärung von Sec. of State Rogers vom 2. 8. 1971 zur amerikanischen China-Politik in den Vereinten Nationen, in: *Internat. Herald Tribune* v. 3. 8. 1971, S. 2, und der nach dem vorerwähnten Interview erschienene Artikel von Tad Szulc, „*Chou's Views please Nixon Aides*“, *ibid.* am 12. 8. 1971, S. 4.

auch wenn man es sich vielleicht noch nicht eingesteht, die langfristige Akzeptierung der VR China (wobei die formale völkerrechtliche Anerkennung gar keine Rolle spielt) als eines im Sinne der „amerikanischen Strategie“ nicht penetrablen gleichgeordneten Akteurs im internationalen System, die notwendig einschränkende Auswirkungen auf die Realisierung dieser Strategie im übrigen Asien haben muß. Hieraus resultiert das besorgte Interesse, das Tschou En-Lai dem Problem Japan widmete<sup>84</sup> als dem funktionellen Vertreter der Vereinigten Staaten in Asien, d. h. trotz aller US-japanischen Kontroversen, auf die früher hingewiesen wurde, als dem Repräsentanten des entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Systems. Dieser amerikanische Schritt bedeutet letztlich — da die „amerikanische Strategie“ primär einseitig wirkende äußere Politik war — den langfristigen Übergang zu einer internationalen tri-, wenn nicht sogar multipolaren Politik<sup>85</sup> zwischen gleichgeordneten Partnern, in der die Prinzipien älterer Gleichgewichtspolitik unter Anpassung an nukleare Bedingungen eine wachsende Rolle spielen werden. — In ähnlicher, wenn auch weniger spektakulärer Weise wirken sich die über zehnjährige Existenz eines nicht-kapitalistischen Regimes in Kuba und die neueren Entwicklungen in Bolivien und Peru (wo das Militär sich gewissermaßen gegen seine geistigen Ziehväter wandte und die Strategie der schleichenden Militarisierung fremder Gesellschaften in Frage stellte) sowie in Chile aus.

Die Behauptung, die „amerikanische Strategie“ selbst bleibe von diesen Entwicklungen unberührt, überzeugt nicht mehr, es sei denn, sie gilt für ein so hohes Abstraktionsniveau, daß der Begriff praktisch wertlos wird<sup>86</sup>. Der Versuch, die Beständigkeit einer solchen Strategie zu erweisen, verliert sich dann in semantische Übungen. Geschichte ist offenbar einfallsreicher als die Konsequenz einer noch so bestechenden Theorie, die sich aber langfristigen Wandlungen pro futuro verschließt und ihre eigene Myopie mit geschichtlicher Statik verwechselt. „Die Fruchtbarkeit des Unerwarteten übersteigt bei weitem die Weisheit des Staatsmannes“ — und des Politiktheoretikers, wie dieses kluge Wort Proudhons zu ergänzen wäre\*.

---

<sup>84</sup> In dem in Anm. 82 erwähnten Interview.

<sup>85</sup> Vgl. zum bisherigen System z. B. Stanley Hoffmann, *Gulliver's Troubles*, a.a.O., S. 17 ff., sodann A. Doak Barnett, *The new multipolar balance in East Asia: implications for United States policy*, in: *The Annals* Bd. 390 (Juli 1970), S. 73—86.

<sup>86</sup> Werner Levi, *Ideology, interests, and foreign policy*, in: *Internat. Studies Quarterly* Bd. 14 (1970), S. 1—31, 18—20, nennt diese Verwendung des Strategie-Begriffes eine „escape clause“ zur Bewältigung der Realität. Hier hat sie offenbar die umgekehrte Funktion. Vgl. auch Bertram D. Wolfe, *An ideology in power* (New York 1969), S. 390 ff.

Zum Buch insgesamt: Einige kleinere Fehler oder Unstimmigkeiten: Militärhilfe sollte sicher nicht den Widerstandswillen gegen „Subventionen“, sondern gegen Subversion stärken (S. 275). Indochina wird mit Indonesien verwechselt (S. 305 Anm. 265), Euphemismus mit Euphorismus (S. 180 Anm. 423). Auf S. 311 Anm. 284, 286 werden Beiträge aus *Foreign Affairs*, auf deren zeitliche Reihenfolge es ankommt, verwirrend ungenau zitiert. Unvollständig sind auch Zitate auf S. 190 Anm. 461, S. 208 Anm. 530. Ältere Gesetzgebungsakte statt nach amtlichen Fundstellen oder Sammlungen nach Kongreßberatungsdokumenten (S. 403 Anm. 679) oder gar nach der *New York Times* zu zitieren (S. 426 Anm. 785), sollte unzulässig sein (das hat mit der sonstigen Zitierfähigkeit der NYT natürlich nichts zu tun). Als Quelle für wirtschaftsstatistische Daten erscheint die Arbeit von Oglesby-Shaull, was immer sonst ihre Qualitäten, doch unzulänglich (S. 406 Anm. 685). Warum wird auf S. 412 englisch, obwohl sonst konsequent deutsch zitiert, oder warum die deutsche Ausgabe eines leicht zugänglichen Originals herangezogen (S. 442, Anm. 3 betr. Fulbright, *Arroganz der Macht*)? Der lateinamerikanische Ökonom Prebisch ist nicht etwa ein unverwandelter Saul (S. 417), sondern heißt schlicht Raúl.